

**Verfassungsschutz  
in Hessen**

**Bericht 1983**

## Vorwort

Der seit 1978 jährlich vorgelegte Bericht «Verfassungsschutz in Hessen» enthält die wichtigsten Beobachtungsergebnisse des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes auf den Gebieten des politischen Extremismus, der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern und der Spionageabwehr. Er will nicht nur die Arbeitsergebnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz der Öffentlichkeit unterbreiten, sondern darüber hinaus dazu beitragen, den Verfassungsauftrag der streitbaren Demokratie zu erfüllen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland erwartet von den Bürgern nicht nur Loyalität gegenüber der Staatsordnung und den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sondern fordert sie auch auf, bei Gefahren für die Demokratie das Handeln nicht allein den staatlichen Organen zu überlassen.

Der demokratische Bürger soll an dem Ausbau und der Verteidigung der rechtsstaatlichen Demokratie selbst mitwirken. Hier kann der Verfassungsschutzbericht einen Beitrag zur Orientierung und für Initiativen auf dem Feld der politischen Bildung leisten.

Die geistige Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie kann nur dort er-

folgreich geführt werden, wo der Bürger weiß, von welchen Kräften Bestrebungen ausgehen, die unsere freiheitliche Ordnung beseitigen wollen, und auf welche Weise das geschieht. Nicht selten werden Verfassungsgegner verdeckt tätig und tarnen ihre wahren Ziele. Der Verfassungsschutzbericht hat die Aufgabe, auch diese Bestrebungen durchsichtig zu machen und offenzulegen. Er beansprucht dabei keine Vollständigkeit, sondern will über die wichtigen Entwicklungen unterrichten.

Um immer wieder auftretenden Mißverständnissen zu begegnen, sei nochmals betont, daß die Aufnahme von bestimmten Organisationen und Einzelpersonen in den Jahresbericht keine rechtlichen Auswirkungen hat, sondern in Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als politische Wertung im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Verfassungsschutzbehörden erfolgt. Die Angehörigen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen haben ihre verantwortungsvollen und schwierigen Aufgaben nicht selten unter persönlichen Opfern und Verzichtleistungen zu erfüllen. Für diese geduldige und mühevolle Kleinarbeit in der Anonymität spreche ich den Mitarbeitern des Landesamtes auch im Namen der Landesregierung erneut meinen Dank aus.



Dr. Herbert Günther  
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
<b>Gesetzliche Grundlagen</b> .....	5
<b>Grundgesetz</b> .....	5
<b>Verfassungsschutzgesetz</b> .....	5
<b>Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz</b> .....	7
<b>Parlamentarische Kontrolle</b> .....	7
<b>Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz</b>	
<b>Hessen</b> .....	8
<b>Informativer Verfassungsschutz</b> .....	9
<b>Rechtsextreme Bestrebungen</b> .....	11
<b>Allgemeine Entwicklung</b> .....	11
<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)</b> .....	11
Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), Hessenliste für Ausländerstopp (HLA) ...	12
<b>Nebenorganisationen der NPD</b> .....	12
<b>Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen</b> ....	13
Deutsche Volksunion (DVU) .....	13
Wiking-Jugend (WJ) .....	14
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) .....	14
<b>Neonazistische Bestrebungen</b> .....	15
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) .....	15
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) .....	17
NS-Treffpunkt Curt Müller, Mainz .....	18
Gruppe Hepp/Kexel .....	18
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) .....	18
Verwendung von NS-Symbolen .....	19
Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten .....	19
<b>Neonazistische Ausschreitungen</b> .....	19
<b>Strafurteile gegen Rechtsextremisten</b> .....	20
<b>Beurteilung</b> .....	21
<b>Linksextreme Bestrebungen</b> .....	22
<b>Allgemeine Entwicklung</b> .....	22
<b>Orthodoxer Kommunismus</b> .....	23
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) .....	23

<b>Nebenorganisationen der DKP</b> .....	26
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB).....	26
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).....	26
Junge Pioniere (JP).....	27
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF).....	27
Marxistische Arbeiterbildung (MAB) .....	28
<b>DKP-beeinflußte Organisationen</b> .....	28
Deutsche Friedensunion (DFU) .....	29
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).....	29
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).....	29
Demokratische Fraueninitiative (DFI) .....	30
<b>Neue Linke</b> .....	30
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	30
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD).....	31
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW).....	31
Kommunistischer Bund (KB).....	31
Sonstige kommunistische Organisationen.....	31
Undogmatische Neue Linke.....	32
<b>Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen</b> .....	33
<b>Terrorismus</b> .....	33
Rote Armee Fraktion (RAF) .....	33
Revolutionäre Zellen (RZ) .....	34
<b>Beurteilung</b> .....	34
<b>Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern</b> ....	36
<b>Allgemeine Entwicklung</b> .....	36
<b>Türken</b> .....	36
<b>Palästinenser</b> .....	37
<b>Jugoslawen</b> .....	38
<b>Iraner</b> .....	39
<b>Beurteilung</b> .....	39
<b>Spionageabwehr</b> .....	40
<b>Allgemeine Lage</b> .....	40
<b>Werbungsanlässe und -methodik</b> .....	40
<b>Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten</b> .....	42
<b>Führungsmethodik</b> .....	43
<b>Beurteilung</b> .....	43

# Gesetzliche Grundlagen

## Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

## **Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

### § 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

### § 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

### § 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
  - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
  3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
  2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
  3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

#### § 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

#### § 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

#### § 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

## **Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz**

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

### **§ 1**

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

### **§ 2**

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

### **§ 3**

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

### **§ 4**

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

### **§ 5**

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

## **Parlamentarische Kontrolle**

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

## **Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)**

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (0 61 21) 7 78 21 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z – Verwaltung

Abteilung I – Zentrale Fachfragen,  
Nachrichtendienstliches  
Informationssystem (NADIS),  
Auswertung Rechtsextremismus,  
Auswertung Sicherheitsgefährdende  
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II – Beschaffung

Abteilung III – Auswertung Linksextremismus  
und Terrorismus

Abteilung IV – Spionageabwehr

Abteilung V – Geheimschutz

## Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

**Vorträge**, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle  
Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst  
*Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme*
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland  
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
  - Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
  - Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität  
*Deutungsversuche an praktischen Beispielen*

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland  
*Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen*
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik  
*Einwirkungsversuche auf Umweltschutz- und Friedensbewegungen*  
*Agitation am Arbeitsplatz*
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen  
*Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft*
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland  
*Zur Diskussion über die Ursachen*
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft  
*Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus*
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland  
*Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen*
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland  
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus  
*Techniken rechtsextremer Agitation*
- Der Nährboden des Rechtsextremismus  
*Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen*
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen  
*Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit*

# Rechtsextreme Bestrebungen

## Allgemeine Entwicklung

Die rechtsextremen Aktivitäten waren durch steigende Ausländerfeindlichkeit, Antiamerikanismus und vermehrte Bemühungen einer neonazistischen Gruppierung gekennzeichnet, offen für die Wiederzulassung der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)* zu werben. Der seit vielen Jahren zu beobachtende Mitglieder- und Wählerschwund des organisierten Rechtsextremismus setzte sich nicht weiter fort, sondern kam zum Stillstand. Die Militanz im rechtsextremen Lager ist insgesamt gesehen weiter gewachsen. Es kam zu Anschlägen und Drohungen, die sich meist gegen Ausländer und jüdische Mitbürger richteten.

## Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

An der Spitze der *NPD* steht weiterhin der Rechtsanwalt Martin Mußnug, Tuttlingen, der die Partei bereits seit 1971 führt. Er wurde auf dem 17. ordentlichen Bundesparteitag in Fallingbommel wiedergewählt. Mit ihm kam auch Erich Gutjahr, Frankfurt am Main, der den hessischen Landesverband leitet, erneut in den Bundesvorstand.

Die *NPD* lehnt als aktuelle Politik die NATO-Nachrüstung ab und fordert ein neutrales Deutschland, um über eine «Konföderation Deutschland» die Einheit der Nation zu erreichen. Dieses «blockfreie Gesamtdeutschland» soll einen Schritt auf dem Wege zu einer atomwaffenfreien westeuropäischen Zone darstellen.

Der *NPD* ist es 1982 erstmals gelungen,

den seit vielen Jahren zu beobachtenden Mitglieder- und Wählerschwund zu stoppen und ihren Mitgliederstand bundesweit bei etwa 6 000 Personen zu stabilisieren. Der Niedergang der Partei ergibt sich jedoch aus folgenden Vergleichszahlen: 1969: 28 000; 1971: 18 300; 1975: 10 800; 1979: 8 000 Mitglieder.

Bei der Bundestagswahl am 6. März erreichte die *NPD* 91 095 Zweitstimmen (= 0,23 %) gegenüber 68 096 Zweitstimmen (= 0,18 %) im Jahre 1980. Sie war jedoch nur in der Lage, in 105 von 248 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Auf diese entfielen 57 112 Erststimmen (= 0,15 %). In Hessen erhielt die *NPD* 9 001 Zweitstimmen (= 0,25 %) gegenüber 7 349 Zweitstimmen (= 0,21 %) im Jahre 1980. Auf ihre Direktkandidaten in zehn von 22 hessischen Wahlkreisen entfielen 5 408 Erststimmen (= 0,15 %).

An den Bürgerschaftswahlen in Bremen und den vorgezogenen Landtagswahlen in Hessen am 25. September beteiligte sich die *NPD* nicht. Sie forderte stattdessen in einem Flugblatt die hessischen Wähler auf, ungültig zu wählen und bei der *Europawahl* 1984 der *NPD* die Stimme zu geben. Zur Vorbereitung auf die *Europawahl* fand am 2. Oktober eine Versammlung statt, auf der die Delegierten insgesamt 38 Kandidaten wählten und das Parteiprogramm vorstellten. Darin wird die «EWG von damals» als «EG-Monstrum von heute» bezeichnet, das vor allem für die Deutschen ständig neue Übel hervorbringe.

Im Mai gründete der Parteivorstand zum Zwecke der Sanierung der Parteifinanzen – die *NPD* hat noch erhebliche Schulden aus überzahlter Wahlkampfkostenerstattung – die Stiftung «Deutschland wird leben». Die Mitglieder wurden angehalten, Anteile von mindestens 100 DM zu erwerben. Der Erwerber erhält nach Zahlungseingang das *Deutsche Zertifikat*. Dem gleichen Zweck diente eine Propagandaaktion, bei der Mitgliedern und anderen Interessenten zum Preis von 1 DM Aufkleber mit der Aufschrift: «Ein

Herz für Deutschland» angeboten wurden.

Das jährliche «Deutschlandtreffen» der *NPD*, auf das die Partei im Vorjahr aus finanziellen, personellen und organisatorischen Schwierigkeiten verzichtet hatte, wurde am 17. Juni in Bad Neustadt/Saale durchgeführt. An ihm nahmen etwa 900 Personen teil.

Am 2. Juli erklärte das Parteipräsidium der *NPD* eine Zusammenarbeit mit der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* mit der Mitgliedschaft in der *NPD* oder einer ihrer Untergliederungen für unvereinbar und parteischädigend.

Dem Landesverband Hessen gehören weiterhin 21 Kreisverbände mit etwa 550 bis 600 Mitgliedern an. Der bisherige Landesvorsitzende Erich Gutjahr wurde auf dem 13. ordentlichen Landesparteitag am 27. März in Frankfurt am Main wiedergewählt. Das Verwaltungsgericht hatte die Stadt verpflichtet, der *NPD* das Tagungsort zur Verfügung zu stellen. Gutjahr forderte bei der Veranstaltung die Mitglieder auf, in der *NPD* für die «nationale Erneuerung des gesamten deutschen Volkes» zu arbeiten. Dabei mahnte er die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, nicht mehr der Vergangenheit nachzuträumen und sich insbesondere von den Neonazis zu trennen.

Arbeitstagungen des Landesverbandes Hessen fanden am 28. Mai in Hanau und am 3. September in Oberursel statt. Bei der Veranstaltung in Hanau wurde der Landesvorsitzende Gutjahr am Kopf verletzt, als er Demonstranten beschimpfte, die gegen die *NPD* protestierten.

Im November leitete der Landesvorstand gegen den Vorsitzenden des Kreisverbandes Lahn-Dill ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses aus der *NPD* ein. Dem Kreisvorsitzenden wurde vorgeworfen, das Auftreten von *ANS/NA*-Angehörigen bei einer *NPD*-Veranstaltung geduldet und damit gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß verstoßen zu haben.

Insgesamt gesehen gingen die politischen Aktivitäten der hessischen *NPD* weiterhin zurück. Informationsstände der Partei sowie die Verteilung von Propagandamaterial stießen bei der Bevölkerung nur auf sehr geringes Interesse.

#### Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)

Die Aktivitäten der von der *NPD* gegründeten *Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)* haben deutlich nachgelassen. Unter dem Aspekt des Europawahlkampfes der *NPD* hat die *BIA* eine Unterschriftenaktion mit dem Thema «Aus Liebe zu Deutschland: Ausländerstopp jetzt!» gestartet, die dem Deutschen Bundestag als Petition zugeleitet werden soll.

An Publikationen gibt die *BIA* die Zeitschriften *Deutsche Zukunft* und *Info-Magazin Ausländerstopp* heraus.

Die am 1. Juni 1982 von Mitgliedern der *NPD* und der *BIA* gegründete *Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)* gibt seit Januar ein monatliches Mitteilungsblatt *Die Parole* heraus. In der Oktoberausgabe forderte die *HLA* u. a. die «Respektierung des Volkswillens, sofortigen Ausländerstopp, Rückführung überzähliger ausländischer Arbeitskräfte, Ausweisung krimineller Ausländer, Beendigung des Asylantenunwesens».

Die *HLA* warb für ihre Ziele ferner mit «Protestlisten gegen die millionenfache Überfremdung durch ausländische Gastarbeiter», verteilte Flugblätter und organisierte in mehreren hessischen Städten Informationsstände. Bei ihren Aktivitäten wurde die *HLA* von Mitgliedern der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* unterstützt.

#### Nebenorganisationen der *NPD*

Die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, die Jugendorganisation der *NPD*, deren Mitgliederzahl etwa bei 500–550 liegt (1976: 1 800), stehen weiterhin in der Gefahr, in

das neonazistische Lager abzuwandern. Teilen von ihnen ist die Mutterpartei zu lasch.

Spannungen im Bundesvorstand führten im Juni zum Rücktritt des Bundesvorsitzenden Rainer Vogel. Sein bisheriger Stellvertreter Claus Cruse aus Bremen wurde daraufhin kommissarisch mit der Führung der *JN* beauftragt. Aus der Wahl auf dem 12. ordentlichen Bundeskongreß am 29./30. Oktober in Stuttgart ging Hermann Lehmann aus Urde-Watzum als neuer *JN*-Bundesvorsitzender hervor.

Seit März geben die *JN* eine neue Zeitschrift mit dem Titel *Mauerspringer* heraus. Sie soll die bisherige Zeitung *Junge Stimme* ablösen und der politischen Schulung der Mitglieder dienen.

Der hessische Landesverband der *JN* besteht weiterhin aus 60–70 Mitgliedern. Von seinen etwa 20 Kreisverbänden ist nur noch die Hälfte aktiv. Landesvorsitzender ist Ludwig Palm aus Leun, der auf dem Landeskongreß der *JN* im April in Burgsolms wiedergewählt wurde. Die *JN* unterstützten die *NPD*-Kreisverbände mit Informationsständen und Flugblättern im Wahlkampf zur Bundestagswahl.

Der *Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)*, der zu keiner Zeit große Bedeutung erlangen konnte, hat bundesweit kaum mehr als 30 Mitglieder und ist an keiner hessischen Hochschule vertreten.

### **Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen**

#### **Deutsche Volksunion (DVU)**

Die *Deutsche Volksunion (DVU)* wurde im Jahre 1971 von Dr. Gerhard Frey aus München gegründet. Sie ist die Kernorganisation der in den letzten Jahren gegründeten *Aktionsgemeinschaften*. Die Mitglieder der *Aktionsgemeinschaften* sind kraft Satzung auch gleichzeitig Mitglieder der *DVU*.

Als *Aktionsgemeinschaften* sind bisher entstanden:

1979/80 die *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)*, die eine Amnestie für alle *NS*- und Kriegsverbrecher fordert;

1980/81 die *Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)*, die gegen die «Überfremdung» Deutschlands durch den Zuzug von Ausländern agitiert;

1981/82 die *Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)*, die sich gegen die «systematische Verteufelung der deutschen Geschichte, die Herabwürdigung des deutschen Soldaten, die Minimalisierung der Verbrechen am deutschen Volk» in Radio und Fernsehen wendet und

1982/83 der *Ehrenbund Rudel*, der nach dem Tode des ehemaligen Flieger-Obersten Rudel «zum Schutz der Frontsoldaten» gegründet wurde.

Eine Sonderstellung unter den *Aktionsgemeinschaften* nimmt die *Aktion deutsche Einheit (AKON)* ein. Sie ist ein eingetragener Verein, entstanden 1962 als *Aktion Oder-Neiße*. 1979 geriet sie ganz unter den Einfluß Dr. Freys. Mit der von der *AKON* ständig erhobenen Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands versucht Dr. Frey, neue Mitglieder für die *DVU* zu gewinnen.

Immer noch ist die *DVU*, zusammen mit ihren *Aktionsgemeinschaften*, zahlenmäßig die größte rechtsextreme Organisation. Sie erzielte u. a. mit der Neugründung *Ehrenbund Rudel* 1983 eine Erhöhung ihres Bestandes an Mitgliedern und Anhängern von 10 000 auf mehr als 11 000. Für Hessen sind keine verlässlichen Zahlen bekannt, es muß jedoch damit gerechnet werden, daß sie auch hier einen beachtlichen Zuwachs erzielen konnte.

Neben der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)* gibt Dr. Frey als offizielles Organ

der *DVU den Deutschen Anzeiger (DA)* heraus. Beide Blätter, Gesamtauflage 100 000 bis 115 000, setzten die seit Jahren praktizierte rechtsextreme Agitation fort. Schwerpunkte sind dabei Artikel, in denen gegen Juden polemisiert, Fremdenfeindlichkeit geschürt, das nationalsozialistische Regime in Teilbereichen gerechtfertigt wird und demokratische Politiker verunglimpft werden.

Dr. Frey verlangt von seinen Anhängern kein eigenes politisches Engagement. Sie entrichten ihre Beiträge und Spenden und sind das Publikum in seinen Veranstaltungen. Bei den Vortragsreihen der *DVU* in zahlreichen Städten des Bundesgebiets waren wie in den zurückliegenden Jahren der britische Schriftsteller David Irving und Dr. Frey die Hauptreferenten. In Hessen fand eine solche Veranstaltung am 9. Mai in Fulda vor etwa 50 Personen statt. Ein für den 11. Oktober in Frankfurt am Main vorgesehener Vortrag fiel aus.

#### Wiking-Jugend (WJ)

Die «nationalbündische», vom Führerprinzip geprägte *Wiking-Jugend*, gegliedert in Gaue und Horste, hat wie im Vorjahr etwa 350 Mitglieder, in Hessen derzeit etwa 40. Wolfgang Nahrath aus Köln ist seit 1967 der Bundesführer.

In Flugblättern fordert die *Wiking-Jugend* u. a.: «... das ganze Deutschland soll es sein, ohne artfremde Kultur, ohne Besatzungstruppen, ohne außereuropäische Sitten und Gebräuche und ohne aufgezwungene Asylanten».

In Teilbereichen der *WJ* sind seit einiger Zeit Neigungen zu neonazistischen und militanten Aktivitäten zu beobachten.

In der Zeit vom 20. bis 23. Mai hielt die *Wiking-Jugend* ihr jährliches Pfingstlager in der Gemarkung *Groß-Rohrheim bei Lampertheim* ab, das von 250 bis 300 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Holland besucht wurde. Viele der Teilnehmer schlossen sich am letzten Tag zu einem Demonstrationzug

mit Fanfarengruppe, Trommlern, Fahnen- und Kranzträgern zusammen. Am Kriegerdenkmal in *Groß-Rohrheim* wurden kurze Ansprachen gehalten und ein Kranz niedergelegt. Zwischen Bürgern der Gemeinde *Groß-Rohrheim* und den etwa 90 Teilnehmern des Zuges kam es zu Zwischenfällen. Anmelder der Demonstration war ein *NPD*-Mitglied aus *Groß-Rohrheim*. Die Bundesführung der *WJ* lud wiederum zum traditionellen *Winterlager* vom 30. Dezember 1983 bis 1. Januar 1984 nach *Hilders/Rhön* ein. Der Aufforderung folgten etwa 100 Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet. Eine gegen die Veranstaltung der *WJ* gerichtete Demonstration am 30. Dezember auf dem Marktplatz in *Hilders* wurde von etwa 60 Personen, unter ihnen Anhänger der verbotenen *ANS/NA*, gestört. Ebenfalls wie in den Jahren zuvor, organisierte die *WJ* ihrerseits an Silvester eine Kundgebung mit anschließendem Umzug von *Hilders* zu einem Steinbruch in der Nähe der Demarkationslinie, wo unter Beteiligung von etwa 100 Personen ein sogenanntes Mahnfeuer abgebrannt wurde.

#### Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Die Führungsprobleme des *Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ)* spiegeln den desolaten Zustand des Jugendbundes wider, dessen Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren bundesweit von rund 400 auf etwa 100 gesunken ist.

Ende April legte der erst im September des Vorjahres gewählte 1. Bundesführer, Gert Höffkes aus *Oberhausen*, das Amt nieder, das im September *Michael Will* aus *Kiel* übernahm. Die Bundesgeschäftsstelle des *BHJ* befindet sich in *Oberursel* bei *Frankfurt am Main*. Ihr Leiter ist *Wolf Degner, Oberursel*.

Im Dezember erklärte die Führung der *BHJ-Leitstelle West* mit Sitz in *Haltern/Westfalen* schriftlich ihren Austritt aus dem *BHJ*. Sie gründete den Jugendbund *Gemeinschaft Volkstreuer Jugend e. V.*

(GVJ) mit Sitz in Essen. Dieser soll die Fortsetzung der Arbeit der alten *BHJ*-Führung garantieren.

In Hessen hat der *BHJ* nur einige Mitglieder und tritt im Lande kaum noch in Erscheinung. Hervorzuheben ist das vom Bundesvorstand organisierte Winterlager vom 27. Dezember 1982 bis 2. Januar 1983 in Oberbernhart und Bischofsheim bei Fulda, das von etwa 150 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, überwiegend Jugendliche, besucht worden ist.

### Neonazistische Bestrebungen

Aktionsfront Nationaler Sozialisten/  
Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Die Gründung der inzwischen verbotenen *ANS/NA* erfolgte am 15. Januar in einer Frankfurter Gaststätte, als die 1977 in Hamburg von Michael Kühnen gegründete neonazistische Gruppe *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)* sich mit den erstmals im Herbst 1982 in Hessen aufgetretenen *Nationalen Aktivisten (NA)* zur *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* zusammenschloß. Damit wollte der ehemalige Bundeswehrleutnant Kühnen, der bis Ende 1982 eine vierjährige Freiheitsstrafe verbüßt hatte, die «national- und sozialrevolutionären Kräfte» in eine «Einheitsfront» zusammenführen.

Vor etwa 60 *Nationalen Aktivisten* aus dem ganzen Bundesgebiet verkündeten Michael Kühnen als selbsternannter *ANS*-Organisationsleiter, der ehemalige *BGS*-Angehörige und Gründer der *Wehrsportgruppe Fulda (WSG-Fulda)* Thomas Brehl und das ehemalige Mitglied der 1980 verbotenen *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG-Hoffmann)* Arnd-Heinz Marx aus Frankfurt am Main gemeinsam ihre politischen Ziele als Fünf-Punkte-Programm im *Frankfurter Appell*:

– Aufhebung des *NS*-Verbots,

- Ausländerrückführung,
- Lebens- und Umweltschutz,
- Kulturrevolution gegen den Amerikanismus,
- Kampf für ein unabhängiges, sozialistisches Großdeutschland.

Mit einem «Organisationsbefehl» teilte die *ANS/NA-Organisationsleitung* das Gebiet der Bundesrepublik in die Bereiche Nord, West, Süd und Mitte auf und unterstellte den jeweiligen *Bereichsleitern* die *NA-Kameradschaften* und *Stützpunkte*. Im Laufe des Jahres entstanden bundesweit etwa 30 *NA-Kameradschaften*, davon sieben in Hessen (Bad Hersfeld, Dillenburg, Frankfurt am Main, Fulda, Hanau, Marburg und Rüsselsheim). Anfang Dezember gehörten der *ANS/NA* einschließlich ihrer Untergliederungen rund 270 Mitglieder an, davon etwa 70 aus Hessen.

Ebenfalls durch «Organisationsbefehl» schuf Kühnen folgende Ämter und Untergliederungen: *ANS-Betriebszellenorganisation (ANS/Bo)*, *Presseamt*, *Stabswachen*, *Amt für Auslandsbeziehungen*, *Amt für Gefangenenhilfe*, *Jugendamt*, *Mädelbund*, *Aktion Ausländerrückführung (AAR)* und *Freundeskreis Deutsche Politik (FK)*.

Dem Zusammenhalt und der Motivation der Anhänger dienten von Kühnen unter der Bezeichnung «*Die Innere Front – Informationsbriefe zur Lage der Bewegung*» herausgegebene Broschüren. Die stellvertretenden *ANS/NA-Organisationsleiter*, die *Bereichsleiter*, die *Kameradschafts-* und *Sonderführer* informierte Kühnen zusätzlich durch «*Das Korps – Informationsbriefe für Politische Leiter der Bewegung*». Die *ANS/NA* bezeichnete sich in ihren Veröffentlichungen als legalen «Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA». Sie bekannte sich «zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms vom 24. 2. 1920» der *NSDAP* und zählte zu ihren Zielen die Wiedergeburt der *NSDAP* und ihrer *Sturmabteilung (SA)*.

Ihr auf Provokation angelegtes Verhalten, das in den Massenmedien ausführlich

dargestellt und kommentiert wurde, brachte der *ANS/NA* neue Anhänger, unter denen sich auch ehemalige Mitglieder der verbotenen *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA)* und der gleichfalls verbotenen *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)* befanden.

Von Presse und Fernsehen stark beachtet, fand am 30. April unter dem Motto «1. Mai 1933 – 1. Mai 1983, 50 Jahre Sozialismus der Tat» in Bad Bergzabern eine «zentrale Kundgebung» statt, die nach Verlautbarung der *ANS/NA* eine «der ersten nationalsozialistischen Kampfkundgebungen zum 1. Mai seit Kriegsende» sein sollte. Dazu hatten sich etwa 60 teilweise uniformierte Teilnehmer, auch aus Hessen, eingefunden. Michael Kühnen bezeichnete die Veranstaltung als eindeutiges «Bekenntnis zu Adolf Hitler... dem Begründer und Führer der nationalsozialistischen Revolutionsbewegung».

Das von der Öffentlichkeit kritisch verfolgt wurde 16. Traditionstreffen des *Kampfverbandes der Soldaten des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS e. V.* vom 20. bis 23. Mai in Bad Hersfeld nutzten Kühnen, Brehl und Marx zu einem parallelen *ANS/NA*-Aktionswochenende am gleichen Ort. Die etwa 70 versammelten Kühnen-Anhänger sollten zeigen, daß es «eine andere deutsche Jugend gibt, die die Idee des *Nationalsozialismus* in Ehren hält und für die Ehre des deutschen Frontsoldaten, insbesondere der *Waffen-SS*, vor aller Welt öffentlich eintritt». Das Wochenende diente auch der Gründung eines *ANS-Mädelbundes*.

Am 17. Juni diskutierten an der Katharinenkirche in Frankfurt am Main Michael Kühnen, Arnd-Heinz-Marx und etwa 20 Anhänger der *ANS/NA* mit Passanten über den *Nationalsozialismus*. Wegen ihrer Redebeiträge wurden gegen Kühnen und Marx strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Bundesweites Aufsehen erregte erneut die auf dem «ersten Führerthing der

*ANS/NA*» am 26. Juni in Mainz vorgenommene Gründung der *Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR)*. Den Bundesvorsitz übernahm Thomas Brehl. Zum hessischen Landesvorsitzenden wurde Arnd-Heinz Marx bestimmt. Gleichzeitig beschloß man die Teilnahme an der Wahl zum Hessischen Landtag am 25. September.

Die im *Aktionsprogramm* der *AAR* erläuterten politischen Ziele und Forderungen sind sowohl der Form als auch dem Inhalt nach identisch mit dem *Frankfurter Appell* der *ANS/NA* vom 15. Januar. Die *AAR* war als «parteilichter Arm der *ANS/NA*» gedacht und sollte «kurzfristig Schutz vor einem Verbot» bieten, langfristig eine von der *ANS/NA* aus dem «Hintergrund» gesteuerte «Massenorganisation» sein. Die Beteiligung der *AAR* an der Wahl diene aus der Sicht der *ANS/NA* dem Ziel, für den Fall des Verbots die neonazistischen Aktivitäten im Schutz des Parteienprivilegs fortsetzen zu können. Zur Wahl des Hessischen Landtags am 25. September kandidierten fünf *AAR*-Wahlkreiskandidaten, die insgesamt 890 Stimmen auf sich vereinigten (zwischen 0,2 und 0,4 %). Eine Landesliste kam wegen fehlender Unterstützungsunterschriften nicht zustande.

Am 4./5. September mißhandelten und quälten acht *ANS/NA*-Anhänger aus dem Raum Frankfurt am Main einen Gesinnungsgenossen, dem Verrat unterstellt worden war.

Im Herbst forderte die *ANS/NA* neben anderen rechtsextremen Gruppierungen dazu auf, anlässlich des am 26. Oktober stattfindenden Fußball-Länderspiels Türkei-Bundesrepublik Deutschland in Berlin ausländerfeindliche Aktionen durchzuführen.

Am 5. November versammelten sich in München über 80 *ANS/NA*-Mitglieder, darunter 18 aus Hessen, zum «60. Jahrestag des Marsches zur Feldherrenhalde». Die Versammlung wurde verboten.

Die Mitglieder der *ANS/NA* beschränkten

ihre Tätigkeit nicht auf das Bundesgebiet. Sie unterhielten persönliche Kontakte zu rechtsextremen Gruppen in Belgien, Frankreich, Spanien und Österreich. Aus Österreich wurden Kühnen und Brehl am 25. November nach einem Treffen mit einer Wiener *Kameradschaft* in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Die neonazistischen Aktivitäten der Anhänger der *ANS/NA* führten zu einer größeren Zahl staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, die sich auch gegen Personen aus Hessen richteten. Die Vorwürfe gründeten sich überwiegend auf die Straftatbestände Volksverhetzung, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

Am 24. November verfügte der Bundesminister des Innern gemäß § 3 Vereinsgesetz das Verbot der *ANS/NA* einschließlich ihrer Untergliederungen *AAR* und *FK* sowie die Beschlagnahme des Vereinsvermögens. Die sofortige Vollziehung des Verbots wurde angeordnet. Die Verbotsverfügung stellt fest, daß sich die *ANS/NA* einschließlich der Untergliederungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Das Verbot wurde am 7. Dezember vollzogen. Im Rahmen der Vollzugsmaßnahmen wurden aufgrund richterlicher Anordnung die Wohnungen der *Funktionäre* und *Kadermitglieder* nach Beweismitteln und Vereinsvermögen durchsucht. In Hessen waren davon 14 Personen betroffen. Neben umfangreichem Schriftmaterial konnten u. a. Uniformjacken, *Hakenkreuze*, eine *Hakenkreuzfahne*, eine Fahne mit *SS-Runen*, *Hitlerbilder* und ein Schlagstock mit eingebautem Tränengassprühergerät sichergestellt werden.

Die *ANS/NA* einschließlich ihrer Unterorganisationen *AAR* und *FK* hat gegen das Verbot Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben, über die noch nicht entschieden worden ist. Jedoch hat das Bundesverwaltungsgericht durch Be-

schluß vom 3. Februar 1984 den Antrag der *AAR* auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihrer Klage abgelehnt. Die *AAR* hatte u. a. geltend gemacht, sie sei eine Partei i. S. des Art. 21 GG und des Parteiengesetzes. Das Bundesverwaltungsgericht verneinte dies beim gegenwärtigen Stand des Verfahrens.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die seit 1979 bestehende *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)*, Sitz Frankfurt am Main, setzt sich überwiegend aus Mitgliedern anderer neonazistischer Organisationen zusammen. Gemäß ihrer Satzung betreut sie ideell und finanziell inhaftierte Gesinnungsfreunde, die sie als «politische Gefangene» bezeichnet. Die Geldmittel, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammensetzen, sind gering. Nach dem Stand am Jahresende wurden von der *HNG* etwa 30 Personen im In- und Ausland teils finanziell, teils moralisch unterstützt. Vorsitzender war seit der Gründung Henry Beier aus Frankfurt am Main. Die Mitgliederzahl (im Bundesgebiet etwa 400, in Hessen etwa 70) ist gegenüber 1982 leicht angestiegen. Dazu hat sicherlich das Verlangen des Leiters der *ANS/NA*, Michael Kühnen, wesentlich beigetragen, nach dem alle Mitglieder der *ANS/NA* auch Mitglied in der *HNG* werden müßten. Kühnen versprach sich davon größeren Einfluß auf diese Vereinigung und dadurch Erfolge bei den ständigen Auseinandersetzungen zwischen Henry Beier und den *ANS/NA*-Funktionären über Kurs und Führung der *HNG*. Tatsächlich wurde Beier am 25. Februar 1984 als Vorsitzender abgewählt. An seine Stelle trat Christa Goerth aus Bielefeld, ein ehemaliges *ANS/NA*-Mitglied.

In Hessen veranstaltete die *HNG* nur ihre Jahreshauptversammlung am 26. Februar in Hüttenberg bei Gießen, an der etwa 80 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Michael Kühnen nutzte die Versammlung zu Äußerungen gegenüber der Presse, daß die *ANS/NA* «dieses System beseitigen und einen autoritären Staat errichten» wolle. Er sagte: «Die politischen Gegner werden wir ausschalten. Wer sich nicht fügt, bekommt eins auf den Kopf. Bei uns machen Leute mit, die nichts mehr zu verlieren haben, wir gehen für unsere Ziele auch in den Tod, wenn es sein muß.»

Gegen Kühnen und einige seiner Anhänger wurde wegen der Vorgänge in Hüttenberg ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet, das jedoch mit der Einstellung endete.

#### NS-Treffpunkt Curt Müller, Mainz

Der *neonazistische Treffpunkt* auf dem Anwesen des Curt Müller in Mainz besteht seit 1974. Mit «*Thing-Platz*» und Versammlungsraum «*Walhalla*» dient er als Koordinierungs- und Kommunikationsmöglichkeit für Neonazis aus dem In- und Ausland. Hessische Neonazis fanden sich regelmäßig dort ein, insbesondere um an den wöchentlichen «*Stammtisch-treffen*» teilzunehmen.

Als vom 29. bis 31. Januar eine Initiative «*Keine Freiheit den Volksverhetzern*» das Anwesen Müller mit bis zu 350 Personen symbolisch belagerte, hatten sich zur Verteidigung etwa 100 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet, davon etwa 20 aus Hessen, eingefunden. Sie befestigten die Gärtnerei, hatten sich teilweise vermunnt und waren mit Schutzhelmen, Schlagwerkzeugen und Funkgeräten ausgerüstet.

#### Gruppe Hepp/Kexel

Nach dem Verbot der *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit*

(*VSD/PdA*) im Januar 1982 schlossen sich ab März 1982 die ehemaligen *VSD/PdA*-Funktionäre Dieter Sporleder, Wulf Helge Blasche, Ulrich Tillmann und Walther Kexel und die ehemaligen Angehörigen der ebenfalls verbotenen *WSG-Hoffmann* Odfried Hepp und Hans Peter Fraas zu einer Gruppe zusammen, gegen die der Generalbundesanwalt wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) ermittelt. Sie sind verdächtig, am 14. und 15. Dezember 1982 in Butzbach, Darmstadt und Frankfurt am Main mindestens drei Privatautos von Angehörigen der *US-Streitkräfte* als Sprengfallen präpariert zu haben. Zwei Soldaten wurden verletzt. Die gleiche Gruppe wird beschuldigt, unter wechselseitiger Beteiligung 1982 mindestens fünf Banküberfälle mit einer Gesamtbeute von 630 000 DM durchgeführt zu haben. Auch der Anschlag auf die Fahrleitung einer Bundesbahnstrecke in Gießen im September 1981 wird der Gruppierung angelastet.

Nach der Entdeckung einer konspirativen Wohnung in Frankfurt am Main wurden dort am 15. Februar Blasche, Fraas und Sporleder, am 18. Februar in Großbritannien Kexel und Tillmann festgenommen. Ein mutmaßlicher Unterstützer der Gruppe konnte am 11. Januar 1984 in Amsterdam gefaßt werden. In einem Wald bei Offenbach am Main wurden mehrere Erdverstecke entdeckt, in denen die Gruppe Waffen, Munition und Geld aus den Banküberfällen verborgen hatte.

Hepp und Kexel hatten sich im Sommer 1982 von anderen Neonazis distanziert und als ihr Ziel einen «undogmatischen Befreiungskampf» zusammen mit linken und rechten Kräften gegen den «Amerikanismus» verkündet.

#### Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Die Bedeutung der *DBI* ist weiter gesunken. Dies deutete sich bereits nach der Inhaftierung ihres Vorsitzenden, des ehe-

maligen Rechtsanwaltes Manfred Roeder, im Herbst 1980 an und verstärkte sich seit dessen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren durch das Oberlandesgericht Stuttgart am 28. Juni 1982. Das Urteil erging wegen Rädelführerschaft in der terroristischen Vereinigung *Deutsche Aktionsgruppen*. Der Bundesgerichtshof hat die dagegen eingelegte Revision durch Beschluß vom 19. Mai verworfen.

Den Vorsitz der *DBI*, die nach eigenen Angaben 16 Mitglieder hat, übernahm die Ehefrau Roeders. Die monatlich erscheinenden *Briefe der DBI* enthalten weiterhin Beiträge Manfred Roeders. Seine unveränderte Einstellung zum *Nationalsozialismus* geht beispielsweise aus den folgenden Ausführungen (37. Brief – Juli 1983) hervor:

«Wenn ich mich zum Deutschtum und zum Reich bekenne, kann ich *Adolf Hitler* nicht ausklammern oder verteufeln, denn er war der anerkannte *Führer aller Deutschen*, der machtvollste Vertreter des Reiches und der *Vollender eines Jahrtausendealten* Traumes.»

### Verwendung von NS-Symbolen

Neben den schon früher mit *NS-Symbolen* aufgefallenen Motorrad-Rockergruppen haben auch sogenannte *Skinheads* *Nazi-Symbole* und *Nazi-Embleme* verwandt. Diese Jugendlichen, die überwiegend in Gruppen auftreten und sich durch ihre Kleidung (Fliegerjacken, Stiefel) und ihre kahlgeschorenen Köpfe (*skin head*) kennzeichnen, erregten insbesondere durch Schlägereien anlässlich von Fußballspielen öffentliches Aufsehen. Ihre Absicht ist eher die Provokation der bürgerlichen Gesellschaft als eine Darstellung politischer Ziele. Die verbotene *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* suchte den Kontakt mit *Skinheads*, um sie bei ihren Aktionen einzusetzen.

### Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten

Einer der Höhepunkte der Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten war das alljährlich stattfindende internationale Treffen in Diksmuide/Belgien. Dort trafen sich im Juli mehrere Hundert europäische Rechtsextremisten aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Spanien. Die größte Gruppe aus der Bundesrepublik Deutschland stellte die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)*, gefolgt von der *Wiking-Jugend (WJ)* und den *Jungen Nationaldemokraten (JN)*.

Die wegen Anschlägen auf US-Soldaten und Banküberfällen gesuchten Neonazis Kexel und Tillmann fanden Unterschlupf bei Gesinnungsgenossen in England; sie befinden sich inzwischen in Auslieferungshaft. Der nach Belgien geflohene Leiter der *Bürger- und Bauerninitiative* Thies Christophersen konnte an der belgischen Grenze festgenommen werden. Der nach Österreich geflüchtete Rechtsextremist Ekkehard Weil wurde in Wien zusammen mit österreichischen Gesinnungsgenossen wegen der Beteiligung an Sprengstoffanschlägen auf Wohnungen und Geschäfte jüdischer Bürger vor Gericht gestellt.

Die Einschleusung neonazistischer Propagandamaterials wie *NS-Kampfruf*, *Völkischer Beobachter* u. a. aus den USA, Kanada und dem europäischen Ausland hielt an.

### Neonazistische Ausschreitungen

Die Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation haben deutlich zugenommen. In Hessen wurden 211 (1982: 152) Schmier- und Störaktionen sowie Drohungen mit neonazistischem oder antisemitischem Hintergrund bekannt, die sich gegen Wirtschaftsunternehmen,

Presseorgane, Personen des öffentlichen Lebens, jüdische Mitbürger und gegen Ausländer richteten. Schwerpunkte bildeten Frankfurt am Main und Umgebung (65), Kassel (20) und Wiesbaden (12). Die Parolen, meist mit *Hakenkreuzen* und *SS-Runen* illustriert, lauteten u. a.: «Deutschland soll deutsch bleiben», «Türken, Juden, Amis raus», «Blut muß fließen knüppeldick» und «Schlagt Ausländer tot».

Typische Beispiele waren folgende Vorfälle:

In Herborn wurde eine Granitplatte durch die Fensterscheibe in ein Wohnheim für afghanische Asylanten geschleudert. In der mit «NWS im Bund nationalsozialistischer Wehrsportler» unterzeichneten Selbstbezeichnung zu dem Vorfall hieß es: «Wir scheuen keine Gewalt und keine Toten. . . Wir sehen nicht länger mit zu, . . . wie ihr den Ariern die Arbeit und die Frauen wegnehmt». Unter den tatverdächtigen vier Jugendlichen befand sich ein Mitglied der *Deutschen Volksumion (DVU)* und deren Nebenorganisation *Initiative für Ausländerbegrenzung (i. f. A.)*. Die Festgenommenen gestanden, sie hätten ursprünglich einen *Molotow-Cocktail* in das Wohnheim werfen wollen.

Im *Alten Friedhof* in Offenbach wurden 26 Gedenksteine auf Gräbern von Juden mit *SS-Symbolen und Parolen wie «Scheiß Juden»* und «Hitler lebt» besprüht.

In einer Schule in Frankfurt am Main fanden sich Schmierereien, wie «Adolf, unser Führer», «Scheiß-Jude», «Türken, Juden, Amis, raus» in Verbindung mit *Totenköpfen, Hakenkreuzen, SS-Runen und Judensternen*.

Der Frankfurter Polizeipräsident erhielt einen mit *Hakenkreuz* versehenen Brief, in dem es unter anderem hieß: «Artikel 1-1: Die Würde des Menschen ist unantastbar, ausgenommen sind Türken und Asylanten. Diese zu verachten und zu verjagen ist Verpflichtung aller guten Deutschen.»

## Strafurteile gegen Rechtsextremisten

Auch 1983 haben die Gerichte hessische Rechtsextremisten in mehreren Fällen zur Rechenschaft gezogen. Gerichte in Frankfurt am Main verurteilten Thomas Brehl, führendes Mitglied der verbotenen *ANS/NA*, wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen u. a. zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten – ausgesetzt zur Bewährung – und zu einer Geldbuße von DM 2 000; und wiederholt wegen rechtsextremer Aktivitäten in Erscheinung getretenen *ANS/NA*-Funktionär Arnd-Heinz Marx wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Gesamtgeldstrafe von DM 1 750; einen 20jährigen *ANS/NA*-Angehörigen wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Bedrohung zu einer Jugendstrafe von sechs Monaten mit Bewährung sowie einen 26 Jährigen wegen Verwendens von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu einer Geldstrafe von DM 600. Der Neonazi Wolfgang Koch ist verdächtig, einen 20 Jährigen zu einem Banküberfall in Bad Vilbel angestiftet zu haben. Der Angestiftete erhielt für seine Tat, bei der er etwa 38 000 DM erbeutet hatte, eine Jugendstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Verfahren gegen Koch ist noch nicht abgeschlossen. Zwei militante Neonazis aus Frankfurt am Main erhielten wegen schweren Raubes eine Freiheitsstrafe von jeweils 5 1/2 Jahren. Sie hatten 1982 bei einem bewaffneten Überfall auf eine Finanzagentur in Frankfurt am Main rund 11 000 DM erbeutet. Das Geld war nach ihren Aussagen für eine «*Neonaziorganisation in Österreich*» bestimmt.

Vom Landgericht Ansbach wurde im Juni der Frankfurter Otto Riehs, ehemaliger Vorsitzender des verbotenen *Freundeskreises Deutsche Politik (FK)*, wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungs-

widriger Organisationen zu einer Geldstrafe von DM 1 500 verurteilt. Er hatte am Grab des Flieger-Obersten Rudel demonstrativ den Arm zum *Hitlergruß* erhoben.

Die Staatsanwaltschaften Frankfurt am Main, Hanau und Kassel erhoben 1983 in mehreren Fällen Anklage gegen Neonazis wegen Aufstachelung zum Rassenhaß, Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Nötigung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung, Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung.

### **Beurteilung**

Nach wie vor bedeuten weder die traditionellen rechtsextremen Bestrebungen noch der nach Zahl und Aggressivität der Anhänger gewachsene Neonazismus eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Die Versuche der *NPD* und ihrer Nebenorganisationen, mit einer auf die militärische Neutralität der Bundesrepublik Deutschland, den Austritt aus der *Europäischen Gemeinschaft* und mit einer auf Ausländerfeindlichkeit abgestellten Politik Resonanz zu erzielen, blieben ohne Erfolg. Die Mitgliederzahlen stagnieren.

Dagegen war es der neonazistischen Gruppierung *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* mit Schwerpunkten in Hessen bis zu ihrem Verbot gelungen, beträchtliches Aufsehen zu erregen. Obwohl sie innerhalb eines knappen Jahres eine nach dem Führerprinzip funktionierende, das Bundesgebiet überdeckende Organisation aufbaute, blieb die Zahl der Anhänger begrenzt. Zwar kann das Verbot der *ANS/NA* die Anhänger nicht zur Aufgabe ihrer neonazistischen Gesinnung zwingen, der organisierten offenen Werbung für den *Neonazismus* ist jedoch der Boden entzogen.

## Linksextreme Bestrebungen

### Allgemeine Entwicklung

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* und ihre Nebenorganisationen *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)*, *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* und *Junge Pioniere (JP)* konnten trotz stagnierender Mitgliederzahlen ihre Stellung als bedeutendste und handlungsfähigste linksextreme Gruppierung weiter festigen. Auf Weisung der *KPdsU* und der *SED* konzentrierten sie ihre politischen Aktivitäten darauf, die Nachrüstung der NATO beim Scheitern der *Genfer Verhandlungen* zu verhindern und die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland «politisch unmöglich» zu machen. Der Bundesregierung warf die *DKP* vor, die «Kriegsvorbereitungen» der USA unter Verletzung deutscher Interessen zu unterstützen. Zugleich stellte sie agitatorisch die Politik der Sowjetunion und der Staaten des *Warschauer Paktes* als «konsequente Friedenspolitik» heraus. Durch engagierte Mitarbeit in der *Friedensbewegung* versuchte die *DKP*, antikommunistische Vorbehalte abzubauen und die *Spaltung der Friedensbewegung* durch Einigung auf einen Minimalkonsens zu verhindern. Unter der Losung «Arbeitsplätze statt Raketen» propagierte die Partei gleichzeitig eine enge Verbindung von Arbeiterbewegung und *Friedensbewegung*, um dadurch dem Bündnis eine noch größere Breite und Durchsetzungskraft zu geben und der von ihr angestrebten «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» näher zu kommen. Die Versuche der *DKP*, nach ihren Bündnisfolgen in der außerparlamentarischen *Protestbewegung* ein breites Wahlbündnis linker Parteien und Gruppierungen zur Landtagswahl in Hessen zu bilden, scheiterten erneut an der ablehnenden Haltung der *GRÜNEN*. Bei der Bundestagswahl am

6. März und bei der Landtagswahl am 25. September mußte die *DKP* ihre bisher schlechtesten Wahlergebnisse hinnehmen.

Die meisten Organisationen der *dogmatischen Neuen Linken (K-Gruppen)*, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, aber den an Moskau orientierten Kommunismus ablehnen, verloren besonders wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen und Zerfallserscheinungen weiter an Bedeutung. Ihre wenigen politischen Aktivitäten fanden keine Resonanz bei der Bevölkerung. Die straff organisierte *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* und die Hochschulorganisation *Marxistische Gruppe* waren von dieser Entwicklung ausgenommen.

Im Lager der *undogmatischen Neuen Linken* ist zwischen den Gruppen ein Klärungs- und Abgrenzungsprozeß hinsichtlich der Frage der Anwendung von Gewalt eingetreten. Während sich sogenannte *Alt-Spontis* den *GRÜNEN* zuwandten und, wie die *Alternativen* sowie der überwiegende Teil der *Protestbewegung*, die Gewaltlosigkeit von Aktionen befürworteten, waren die Anhänger der schwer überschaubaren kleineren *autonomen und militanten Gruppierungen* grundsätzlich bereit, ihren politischen Vorstellungen durch Gewaltanwendung Nachdruck zu verleihen. Ihre Versuche, Militanz in die *Friedens- und Ökologiebewegung* zu tragen, scheiterten jedoch.

Die *Rote Armee Fraktion (RAF)* hat sich von den schweren Schlägen, die ihr Ende 1982 durch die Verhaftung von Adelheid Schulz, Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar und das Auffinden ihrer Waffen- und Geldverstecke zugefügt worden waren, nicht erholt. Die flüchtigen Mitglieder (zehn bis 15 Personen) der terroristischen Vereinigung waren nicht in der Lage, diese Verluste auszugleichen.

Die die *RAF* unterstützenden Kräfte mit einem Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet versuchten vergeblich, bei der *Friedensbewegung* Einfluß zu gewinnen. *RAF-Unterstützer* bekannten sich in schrift-

lichen Selbstbezeichnungen zu mehreren Sprengstoffanschlägen.

Die *Revolutionären Zellen (RZ)* haben ihre Positionen hinsichtlich des Widerstandes gegen den Bau der *Startbahn West* und der *Friedensbewegung* neu bestimmt. Die Zahl der ihren Mitgliedern anzulastenden Sprengstoff- und Brandanschläge hat sich verringert, jedoch sind die angerichteten Schäden größer geworden.

## Orthodoxer Kommunismus

### Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* repräsentiert den sowjetisch orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie steht in der Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *KPD* und befolgt politisch und ideologisch vorbehaltlos die von *KPD* und *SED* vorgegebene Linie. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder stagniert bei knapp 40 000 (nach eigenen Angaben 50 000). Erster Vorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies.

Das Zentralorgan der *DKP* *Unsere Zeit (UZ)* erscheint als Tageszeitung in einer Auflage von 25 000 Exemplaren und freitags mit einer Wochenendbeilage in einer Auflage von 50 000 Exemplaren. Seit Juli ist die Montagsausgabe aus Kostensparnisgründen fortgefallen. Zu besonderen Anlässen erscheinen *Extrablätter* in weit höheren Auflagen. Der Parteivorstand gibt weiterhin vierteljährlich die Zeitschrift *praxis- Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* heraus sowie in unregelmäßiger Folge die *DKP-Landrevue*, einen *DKP-Pressedienst* und einen *info-dienst – Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen*. Als theoretisches Organ der *DKP* ist die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter* anzusehen (Auflage über 7 000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Presse-Agentur GmbH (PPA)* gibt wöchentlich fünfmal einen *ppa-Tagesdienst* mit Meldungen über die *DKP*,

ihre Nebenorganisationen und Bündnispartner heraus. Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen unter dem Vorsitz von Ellen Weber, Frankfurt am Main, gehören unverändert etwa 5 000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 147 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 37 Betriebsgruppen und sechs Hochschulgruppen zusammengefaßt. Orts-, Stadtteil-, Betriebs- und Hochschulgruppen der *DKP* gaben 126 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus.

Als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» begründet die *DKP* ihre Tätigkeit mit der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Sie erstrebt eine «grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse». Nach ihrer Ansicht verstärken sich die «krisenhaften Erscheinungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens» und machen die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus immer dringender. Gemäß der revolutionären Strategie und Taktik Lenins will die *DKP* das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreichen. Sie wendet sich gegen alle Kräfte, die «ohne Berücksichtigung der realen Situation die Revolution 'machen' wollen». Ihr Nahziel ist es, eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeizuführen. Danach soll die «antimonopolistische Demokratie» – sie entspricht der Leninschen revolutionärdemokratischen Diktatur – erkämpft und damit der Weg zum Sozialismus frei werden. Erreichen will die *DKP* dieses Ziel im Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften, dessen Kern die «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» ist (*UZ* vom 12. Januar 1983).

Der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies betonte, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu sein, sei für die *DKP* nicht nur ein verbaler Anspruch, sondern entsprechende ihrer objektiven Rolle. Das wirkliche politische Gewicht der *DKP* lasse sich nicht durch Aufrechnen von Mitgliederzahlen und Wahlergebnissen erschließen, sondern ergebe sich daraus, daß sie Teil der *kommunistischen Weltbewegung*

sei. Die Gründung zahlreicher marxistischer, anarchistischer und trotzkistischer Sekten habe im «politischen Katzenjammer» geendet. Diese Gruppen hätten jedoch mit ihren «revolutionären Phrasen» und ihrer antisowjetischen Politik den «Begriff 'Kommunist' in der Arbeiterklasse diskreditiert und junge Menschen von der real existierenden revolutionären Arbeiterpartei *DKP* wegorientiert» (*Marxistische Blätter* Nr. 5/83, Seite 14–21).

Die *DKP* bekennt sich grundsätzlich zur Anwendung revolutionärer Gewalt, macht aber die Wahl der Kampfform von ihrer Zweckmäßigkeit abhängig. Bei den Vorbereitungen von Aktionen der *Friedensbewegung* war die Frage der Gewaltanwendung und der richtigen Aktionsform ständiges Thema. Die *DKP* erklärte, eine Kampf- und Aktionsform sei richtig, wenn sie sich eigne, möglichst breite Teile der *Arbeiterklasse* und der *Friedensbewegung* einzubeziehen. Als Modellfall schilderte sie in ihrem Organ *Praxis* die *Blockadeaktion* gegen die *US-Air-Base* Bitburg vom 2. bis 3. September. Danach unterschied sich das *Blockadekonzept* von den bis dahin üblichen in folgenden Punkten:

- «offenes Bezugsgruppensystem, damit möglichst viele Personen und Gruppen an der Aktion teilnehmen konnten; Einberufung eines Bezugsgruppen-Sprechertages, der Entscheidungskompetenz erhielt;
- keine Absprache mit der Polizei;
- kein freiwilliges Räumen auf Aufforderung der Polizei (also gewaltfrei!)»

Dieses Verhalten habe die *DKP* in ihrer *Bündnispolitik* einen wesentlichen Schritt vorwärts gebracht (*Praxis* Nr. 5/83).

Die Kampagnen gegen die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses und gegen Arbeitslosigkeit standen im Mittelpunkt der Agitation und *Bündnispolitik* der *DKP*. Ihr Ziel war, die Aufstellung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Der Erreichung dieses Zieles und der Stärkung der *Friedensbewegung* ordnete sie ihre

gesamte Parteilarbeit unter. Ihre Wahlkämpfe zur Bundestagswahl am 6. März und zur hessischen Landtagswahl am 25. September führte sie unter dem Slogan: «Arbeitsplätze statt Raketen!». Nach Ansicht der *DKP* ist der «Kampf um Frieden und Abrüstung» das Schlüsselproblem in ihrem Ringen um eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt».

Die *DKP* und die von ihr beeinflussten Organisationen beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung des zentralen hessischen *Ostermarsches '83* vom 1. bis 4. April mit Abschlußkundgebung in Frankfurt am Main (rund 15 000 Teilnehmer). Einen weiteren Schwerpunkt bildete die bundesweite *Aktionswoche* der *Friedensbewegung* vom 15. bis 22. Oktober. Bei der vorbereitenden *3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung* am 16./17. April in Köln waren die Vertreter des orthodoxen Kommunismus zwar zahlenmäßig überrepräsentiert, konnten jedoch ihre Vorstellungen nicht voll durchsetzen. Die *DKP*-Hessen mobilisierte ihre Anhänger für eine Teilnahme an der *Volksversammlung für den Frieden* am 22. Oktober in Bonn.

Zahlreiche Mitglieder und Anhänger der *DKP* beteiligten sich an den *Protest- und Blockadeaktionen* vom 9. bis 12. Dezember am «Pershing-Gelände» in Frankfurt am Main-Hausen.

Die am 13. August in Frankfurt am Main-Höchst gegründete Initiative *Hessisches Volksbegehren für den Frieden* wurde von der *DKP* mit der Begründung unterstützt: «Nur durch die Mobilisierung der 'schweigenden Mehrheit' gegen die Raketen in eine aktive Konfrontation mit der Bundesregierung kann die Stationierung verhindert werden» (Entschließung der Bezirksdelegiertenkonferenz der *DKP*-Hessen vom 8./9. Oktober).

Vom 11. bis 15. Mai veranstaltete die *DKP* in Marburg unter der Losung «Volksfest für den Frieden» zum 13. Male ihre traditionelle *Zeltwoche* mit zahlreichen politischen und kulturellen Veranstaltungen.

Es nahmen insgesamt 10 000 bis 15 000 Besucher teil. Weitere *Friedensfeste* der *DKP* fanden vom 3. bis 5. Juni in Gießen-Wieseck und vom 16. bis 18. September in Frankfurt am Main-Nied statt.

Zur Bundestagswahl am 6. März hatte die *DKP* Direktkandidaten in allen Wahlkreisen sowie Landeslisten in den Bundesländern aufgestellt. Ihren Wahlkampf führte die *DKP* mit großem finanziellen und materiellen Aufwand. Es gelang ihr jedoch nicht, größere Teile ihrer Mitglieder für den aktiven Wahlkampf zu mobilisieren. Als ersten Höhepunkt sah sie die *Woche der DKP* vom 22. bis 30. Januar mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, Flugblattaktionen und Unterschriftensammlungen für den *Krefelder Appell*. Größere Veranstaltungen wurden nur vereinzelt durchgeführt, u. a. eine Wahlversammlung mit Herbert Mies am 24. Februar in Frankfurt am Main mit rund 700 Teilnehmern. Das Wahlergebnis war für die *DKP* enttäuschend. Sie erhielt in Hessen 9971 = 0,3 % Erststimmen und 7609 = 0,2 % Zweitstimmen. Damit verlor sie im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 1763 Erststimmen und 1208 Zweitstimmen.

In Vorbereitung auf die hessische Landtagswahl am 25. September setzte die *DKP* ihre 1982 am Widerstand der *GRÜNEN* gescheiterten Bemühungen um Bildung eines breiten Wahlbündnisses «aller demokratischen und linken Kräfte zur Landtagswahl» fort. Sie wandte sich an die *Liberalen Demokraten (LD)*, die *Demokratischen Sozialisten (DS)*, die *GRÜNEN*, die *Deutsche Friedens-Union (DFU)* und Vertreter der ehemaligen *Alternativen Liste Hessen*. Anfang Juni forderte der *DKP*-Bezirksvorstand erfolglos die *GRÜNEN* in einem offenen Brief auf, ihre Liste für Vertreter dieser Organisationen zu öffnen.

Die *DKP* kandidierte nach dem Scheitern ihrer Bündnisbemühungen eigenständig in allen 55 Wahlkreisen sowie mit einer 60 Bewerber umfassenden Landesliste. Sie führte einen kurzen, aber intensiven

Wahlkampf. Das für die *DKP* ernüchternde Wahlergebnis war nur geringfügig besser als ihr bisher niedrigstes bei der Bundestagswahl im März. Sie konnte 8697 = 0,3 % Stimmen auf sich vereinigen (Landtagswahl 1982: 12 625 = 0,4 %; 1978: 14 531 = 0,4 %).

Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die *DKP* ihre Bemühungen fort, ihre Mitglieder zu befähigen, «die stets komplizierter werdende Lage in der Welt sicher zu beurteilen und auf der Grundlage begründeter Überzeugungen jederzeit kommunistisch zu handeln» (Beschluß der Bezirksdelegiertenkonferenz der *DKP*-Hessen vom 8./9. Oktober). Die regelmäßigen Schulungsabende in den Parteigruppen standen im Zeichen des 100. Todestages von Karl Marx. Einen Schwerpunkt bildete die Vermittlung der Grundsätze kommunistischer *Bündnispolitik*. Neben Kurzlehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen fanden weiterhin Lehrgänge zur Ausbildung von Funktionären der *DKP* an den *Parteischulen* der *SED* und der *KPdsU* in Berlin (Ost) und Moskau statt. An den *Betriebsarbeiterjahresschulen* der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Kassel und Frankfurt am Main wurden wiederum hessische *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet.

In der Betriebsarbeit bemühte sich die *DKP* bisher weitgehend erfolglos, den geringen Arbeiteranteil unter ihren Mitgliedern (rund 15 %) zu verbessern und neue *Betriebsgruppen* und *Betriebsaktive* aufzubauen. Mitglieder der *DKP* betätigten sich in betrieblichen *Friedensinitiativen* und unterstützten die *SDAJ* beim Aufbau von *Betriebsgruppen*.

Die *DKP* hielt ihre Mitglieder ständig zur pünktlichen Beitragszahlung an. Da sich ihre Finanzlage gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich verändert hat, war sie auch 1983 zur Finanzierung ihres verhältnismäßig großen Parteiapparates und der

Parteiarbeit auf hohe Zuwendungen aus der *DDR* angewiesen.

## Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* hat rund 6 000 Mitglieder (nach eigenen Angaben 6 500) und ist damit weiterhin die mitgliederstärkste links-extreme Studentenorganisation. Neuer Bundesvorsitzender wurde im Oktober Bernd Gäbler, Bonn, Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Das *MSB-Organ rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von etwa 18 000 Exemplaren. In Hessen bestehen Gruppen des *MSB* an zehn Hoch- und Fachhochschulen mit unverändert rund 1 300 Mitgliedern.

Der *MSB* stellte auf seinem 8. Bundeskongreß am 3./4. Oktober in Münster erneut die führende Rolle der *DKP* als *revolutionäre Partei der Arbeiterklasse* in der Bundesrepublik Deutschland heraus. Die *DKP* habe «als einzige Partei eine strategische Orientierung für eine Wende zu demokratischem Fortschritt» und sei für den *MSB* «zuverlässiger Gefährte in allen Klassenkämpfen». Der *MSB* stimme mit der *DKP* in der «marxistischen Weltanschauung und im sozialistischen Ziel» überein (*rote blätter* Nr. 11/82).

Von April 1982 bis September 1983 veranstaltete der *MSB* einen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Mitglieder und behauptete, er habe dabei seinen «bisher größten Mitgliederzuwachs seit Gründung des Verbandes» erzielt.

Der *MSB* forderte die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten an den Hochschulen als «Essential linker Politik» und richtigen Weg im «Kampf um fortschrittliche Veränderungen». An den hessischen Hochschulen organisierte er Aktionen gegen

die Aufstellung neuer US-Atomraketen und unterstützte die Veranstaltungen der *Friedensbewegung* sowie das von den *Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)* beschlossene *Pilotprojekt* einer «selbstorganisierten Volksbefragung von unten» zur NATO-Nachrüstung. Außerdem veranstaltete der *MSB* regionale *rote blätter-Pressefeste* mit bis zu 1 200 Besuchern. In Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen und Kassel organisierte er Diskussionen zum Thema «*DKP und Friedensbewegung*», bei denen Mitglieder und Mitarbeiter des *DKP*-Parteivorstandes als Referenten auftraten.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die 1968 in Essen gegründete *SDAJ* hat über 15 000 aktive Mitglieder, die in rund 900 Gruppen organisiert sind. Bundesvorsitzender ist Werner Stürmann, Mitglied des Präsidiums der *DKP*. Sprachrohr der *SDAJ* ist das Jugendmagazin *elan*. Es erscheint monatlich in einer Auflage von rund 35 000 Exemplaren. Die drei Herausgeber der Zeitschrift sind führende Funktionäre der *DKP* und *SDAJ*.

Die *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht unverändert aus etwa 1 500 Mitgliedern, die sich in Kreisverbände, Orts- bzw. Stadtteil-, Betriebs-, Schüler- und Frauengruppen gliedern. Die Gruppen gaben 41 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Frankfurt am Main.

Anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der *SDAJ* Anfang Mai erklärte ihr Vorsitzender Werner Stürmann, die *SDAJ* sei ein *revolutionärer Arbeiterjugendverband*. Sie habe ihren Einfluß mit ihren «grundsätzlichen Positionen zur *DKP* und zu den sozialistischen Ländern errungen». Durch die Anwendung der Ideen von Marx, Engels und Lenin sei die *SDAJ* in der Lage, neue Entwicklungen in der Jugendbewegung rechtzeitig zu erfassen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

In der *SDAJ* würden sich junge Menschen zu jungen Sozialisten entwickeln, um später in der *DKP* weiterzuwirken. Auf dem Gebiet der *Bündnispolitik* arbeite die *SDAJ* mit anderen Jugendverbänden in vielen Bereichen zusammen, insbesondere in der *Friedensbewegung*. Die «Aktionseinheit der Kräfte der Arbeiterjugendbewegung» müsse verstärkt fortgesetzt werden (*UZ* vom 6. Mai 1983).

Ende Mai beendete die *SDAJ* ihren bereits im Vorjahr begonnenen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Mitglieder und Leser ihres Jugendmagazins *elan*. Der *SDAJ*-Vorsitzende Stürmann behauptete, die Aktion habe den Einfluß der *SDAJ* erweitert. Zahlen wurden jedoch nicht bekanntgegeben. Inzwischen ist eine neue Werbeaktion angelaufen.

Am 22./23. Mai veranstaltete die *SDAJ* zusammen mit dem *MSB Spartakus* in Dortmund ihr viertes *Festival der Jugend* unter der Losung «Frieden und Abrüstung». Der *SDAJ*-Bundesvorstand wertete die Veranstaltung mit ihren angeblich 250 000 Teilnehmern als wichtigen Beitrag zur Aktionseinheit «linker und demokratischer Kräfte» gegen die Stationierung von US-Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die hessischen Gruppen der *SDAJ* beteiligten sich am *Ostermarsch* und weiteren Aktionen der *Friedensbewegung*. Durch Unterschriftensammlungen forderte die *SDAJ* die Deklaration von Schulen, Lehrwerkstätten und Straßen zu *atomwaffenfreien Zonen*. Am 17. September veranstaltete sie in mehreren hessischen Städten Demonstrationen gegen die NATO-Nachrüstung.

Den Wahlkampf der *DKP* zur Bundestags- und Landtagswahl unterstützte die *SDAJ*-Hessen durch Diskussionsveranstaltungen und Flugblattaktionen.

## Junge Pioniere (JP)

Die sozialistische Kinderorganisation *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop

gegründet. Sie hat etwa 4 000 Mitglieder, organisiert in zwölf Landesverbänden. Bundesvorsitzender ist Achim Krooss, Mitglied der *DKP* und des geschäftsführenden *SDAJ*-Bundesvorstandes. Die Bundesleitung gab monatlich die Kinderzeitung *Willibald* in einer Auflage von rund 7 000 Exemplaren heraus. Seit Dezember erscheint die Zeitung unter dem Titel *pionier*.

Der 1976 gegründete Landesverband Hessen besteht aus 42 aktiven *JP*-Gruppen mit rund 400 Mitgliedern. Vorsitzender ist Jürgen Lechner-Befard, Wiesbaden.

Am 22./23. Mai veranstalteten die *Jungen Pioniere* in Dortmund erstmals ein bundesweites Pfingsttreffen mit 3 500 Kindern und 1 000 Erwachsenen. In einem *Friedensappell* riefen die Teilnehmer alle Kinder zur Teilnahme an Friedensdemonstrationen auf. Die *Jungen Pioniere* beteiligten sich ferner mit *Friedensfesten* und Unterschriftensammlungen für den *Krefelder Appell* an einer *europäischen Friedensstafette*. Zum Abschluß der Stafette verabschiedeten Vertreter von Kinderorganisationen aus 13 Ländern Europas bei einem dreitägigen Seminar der *kommunistischen Weltkinderorganisation Cimea* vom 16. bis 18. September in Frankfurt am Main einen Appell zur Sicherung des Friedens in Europa.

Mit Unterstützung der *DKP* organisierten die *Jungen Pioniere* in den Sommerferien erneut preisgünstige Kinderfahrten in die *DDR*, an denen etwa 350 Kinder aus Hessen teilnahmen. Geworben wurde hierfür mit Nachbarschaftsbriefen und Flugblättern, durch Anzeigen in Tageszeitungen sowie bei Kinderfesten.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Das von *DKP*-Funktionären 1968 in Frankfurt am Main gegründete *IMSF* will mit seinen Forschungsarbeiten und deren Veröffentlichung der *Arbeiterklasse* in der

Bundesrepublik Deutschland das theoretische Rüstzeug für den «praktischen Klassenkampf» liefern. Leiter des Instituts ist Dr. Heinz Jung, Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Das *IMSF* arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin* und *beim ZK der KPdSU in Moskau* sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. Es setzte die Herausgabe seiner Schriftenreihen und Publikationen fort und veröffentlichte in der Reihe *Soziale Bewegungen, Analyse und Dokumentation* u. a. ein Buch *Betriebsbesetzungen* mit einer Untersuchung dieser Kampfformen am Beispiel von vier Frankfurter Konzernbetrieben. Anfang des Jahres gab das *IMSF* eine 111 Seiten starke Broschüre *Volkszählung – nein danke!* heraus, in der die Möglichkeiten und rechtlichen Konsequenzen von Widerstands- und Boykottaktionen dargelegt wurden. Im September erschien die erste Ausgabe einer neuen Broschürenreihe *Durchblick* mit Argumenten für Kommunisten zum Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Am 10./11. März veranstaltete das *IMSF* in Trier zusammen mit der *Marx-Engels-Stiftung* (Wuppertal) eine internationale Konferenz zum 100. Todestag von Karl Marx: «Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute». Ferner organisierte das *IMSF* im Mai und November in Frankfurt am Main Diskussionstagungen über die Themen «US-Konfrontationsstrategie politisch-ökonomische Hintergründe – Perspektiven» und «Die Alternativen der Alternativbewegung» durch. Vom 9. bis 14. Oktober fand in Marburg in Zusammenarbeit mit dem *MSB Spartakus* und der *Marxistischen Abendschule Marburg* die *Marxistische Woche '83* statt. Sie stand unter dem Motto «Arbeiterklasse und Intelligenz – Kampfbedingungen in den 80 er Jahren».

## Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* wurde 1969 gegründet und ist die *Dachorganisation* von derzeit 61 lokalen *orthodoxkommunistischen Bildungsgemeinschaften* in der Bundesrepublik Deutschland. Etwa 20 dieser *Gemeinschaften* hielten als *Marxistische Abendschulen (MASCH)* mehrwöchige Schulungskurse zum Marxismus-Leninismus ab. Bundesvorsitzender der *MAB* ist ein Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*.

Die *MAB* sah ihre vordringlichste Aufgabe darin, «die marxistische Friedensphilosophie, die geschichtliche Erfahrung der Arbeiterbewegung im Kampf um den Frieden und die sozialistische Friedenspolitik, als den besten Weg zur Wahrheit in der Friedensfrage zu vermitteln».

In Hessen warben vier dieser *Bildungsgemeinschaften* für die Teilnahme an ihren Kursen.

## DKP-beeinflußte Organisationen

Bei ihren Bemühungen, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen, stützt sich die *DKP* auf etwa 50 regional und überregional tätige Organisationen, die sich nach außen meist als unabhängig und demokratisch darstellen, tatsächlich aber von der *DKP* mehr oder weniger beeinflußt werden. Entscheidende Funktionen, vor allem im organisatorischen Bereich, werden meist von kommunistischen Funktionären ausgeübt. Strategie und Taktik der *DKP* ist es, über die von ihr beeinflußten Organisationen Forderungen zu erheben, die isoliert betrachtet nicht verfassungsfeindlich sind, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen.

Seit 7. Oktober erscheint im Frankfurter *Röderberg-Verlag* die *Deutsche Volkszeitung/die tat – Wochenzeitung für Demokra-*

tie und Frieden als Diskussionsorgan dieser Organisationen in einer Auflagenhöhe von 30 000 Exemplaren. Chefredakteur ist Franz Sommerfeld, ehemals Chefredakteur des *MSB-Organs rote blätter*. Die bisherigen Sprachrohre der *VVN-BdA (die tat)* und der *DFU (Deutsche Volkszeitung)* stellten zum 30. September ihr Erscheinen ein.

Die wichtigsten *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

### Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die 1960 auf kommunistisches Betreiben als *Volksfront – Partei* in Stuttgart gegründete *DFU* spielte weiterhin eine Schlüsselrolle in der kommunistischen *Bündnispolitik*. Der Partei gehören rund 1 000 (1982: 1 500) Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden organisiert sind. An der Spitze der Organisation steht ein siebenköpfiges *Direktorium*. In Hessen verfügt die *DFU* nur noch über zwei aktive Bezirksverbände mit insgesamt 150 Mitgliedern. Landesvorsitzender ist Heinz-Joachim Nagel, Gießen. Alle Aktivitäten gingen vom Landesvorstand aus.

Im Rahmen der kommunistischen *Bündnispolitik* übernahm die *DFU* bei Veranstaltungen der *Friedensbewegung* erneut koordinierende und tragende Aufgaben. Anlässlich des *Ostermarsches '83* war die *Zentrale Informationsstelle* in der *Landesgeschäftsstelle der DFU* in Frankfurt am Main untergebracht. Funktionäre der *DFU*-Hessen übernahmen im *Frankfurter Friedenstreff*, einem Zusammenschluß der Frankfurter Friedensorganisationen, die organisatorische Arbeit und stellten ihr Landesbüro als *Kontaktadresse* und *Koordinierungsstelle* zur Verfügung.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen in

Bad Godesberg gegründete *KFAZ* diente auch 1983 als Koordinierungsinstrument der kommunistischen Friedenspropaganda. Das *Komitee* verfügt weder über eine Satzung noch über feste Organisationsstrukturen. Zu ihm zählen nach eigenen Angaben «Hunderte von örtlichen *Komitees* und *Initiativen*». Zentrale Leitungsgremien des *KFAZ* sind die *Geschäftsführung* und das *Büro*. Von den 17 *Büro*-Mitgliedern gehören zehn persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat (WFR)* an.

Das *KFAZ* veranstaltete am 19./20. Februar in Frankfurt am Main ein Seminar über «Aktionsformen der *Friedensbewegung*», an dem rund 200 Personen teilnahmen. In Hessen bestehen elf regionale *Komitees*.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die 1947 als *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* gegründete *VVN* öffnete 1971 ihre Reihen für alle Interessenten, die die «Prinzipien des antifaschistischen Kampfes» anerkennen. Ihrem Namen fügte sie den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu. Die *VVN-BdA* steht weiterhin unter dem Einfluß der *DKP*. Sie ist Träger kommunistischer Bemühungen um «antifaschistische» Bündnisse. Auf Bundesebene verfügt die *VVN-BdA* über 13 000 Mitglieder. Präsident der Vereinigung ist Dr. Josef C. Rossaint. Der Landesverband Hessen hat etwa 1 600 Mitglieder, die in 13 Kreisvereinigungen und Ortsgruppen organisiert sind. Landesvorsitzender ist Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Gießen.

Auf ihrem *Bundeskongreß* vom 13. bis 15. Mai in Hamburg unter dem Motto «In der Tradition des antifaschistischen Widerstandes, gemeinsam für den Frieden» verabschiedete die *VVN-BdA* ihr neues *Orientierungs- und Aktionsprogramm*. Darin präsentiert sie sich als Teil der

nationalen und internationalen *Friedensbewegung* und bezeichnet es als ihre Aufgabe, die historischen Erfahrungen und Lehren des antifaschistischen Kampfes in diese Bewegung einzubringen.

Bei mehreren Protestaktionen gegen «Neofaschismus und Militarismus» trat die *VVN-BdA* erneut als die treibende Kraft auf.

### Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die *DFI* wurde 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau '75* gegründet und hat sich 1976 in *Demokratische Fraueninitiative* umbenannt. Leitungsgremium ist ein *Zentraler Arbeitskreis*, in dem Kommunistinnen und Funktionärinnen *DKP*-beeinflußter Organisationen seit Jahren an entscheidenden Stellen mitarbeiten. Im Bundesgebiet verfügt die *DFI* über rund 100 Ortsgruppen.

Der stellvertretende *DKP*-Vorsitzende Hermann Gautier erklärte anläßlich der Beschlußfassung des *DKP*-Parteivorstandes über das Frauenprogramm der *DKP* Ende August, Kommunistinnen gehören «auch in der *DFI* zu denjenigen, die mit Elan und Optimismus helfen, neue Mitstreiterinnen zu gewinnen. Kommunistinnen tragen dazu bei, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ursachen von Diskriminierungen erkannt und angegangen werden». Der *DFI* sei es zu verdanken, «daß sich viele Frauen in der *Friedensbewegung*, in der Initiative *'Frauen in die Bundeswehr – Wir sagen nein!* engagieren, daß immer mehr Frauen erkennen, daß die atomare Hochrüstung lebensbedrohend ist und zugleich durch den Sozialabbau ihre Rechte einschränkt». (*UZ*-Beilage vom 1. September 1983, Seite 34).

*DKP*-Mitglieder sind in 14 hessischen *DFI*-Gruppen an maßgeblicher Stelle tätig.

### Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei  
Deutschlands (MLPD)

Die 1982 gegründete *MLPD* ging aus dem *Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands* hervor. In ihren Grundsatzdokumenten bezeichnet sie sich als «politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin». Sie will durch den «revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten» die «Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft» aufbauen. In den Lehren von «Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao-Tsetung» sowie in der «Verteidigung der Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution» sieht sie die entscheidenden Grundlagen «für die Entstehung einer neuen kommunistischen Weltbewegung».

Die Parteizentrale befindet sich in Essen. Das Zentralorgan *Rote Fahne* erscheint wöchentlich mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Der Partei gehören etwa 1 000 (1982: 900) Mitglieder an, die bundesweit in elf Bezirken mit über 80 Ortsgruppen organisiert sind. Nebenorganisationen sind der *Revolutionäre Jugendverband Deutschlands (RJVD)* mit dem Organ *Rebell*, *Kommunistische Studentengruppen (KSG)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)*, die zusammen etwa 600 Mitglieder zählen.

In Hessen konnte die *MLPD* ihren Mitgliederbestand gegenüber 1982 (unter 100) nicht erweitern. Die Ortsgruppen in Frankfurt am Main, Kassel, Gießen und Darmstadt führten wiederholt Veranstaltungen zu den Themen «Frieden», «Gegen Atomtod», «Gegen NATO-Nachrüstung» usw. durch, die schwach besucht waren. Da das von der Partei für die Bundestagswahl 1983 angestrebte Wahlbündnis *Vereinigte Arbeiterliste* scheiterte

und sie zur hessischen Landtagswahl am 25. September «für eine eigene Kandidatur... gegenwärtig kräftemäßig überfordert» war, rief sie dazu auf, «Stimmt ungültig – stärkt die *MLPD!*» (*Rote Fahne* vom 17. September).

#### Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Die *KPD*, 1968 als *KPD/ML* gegründet, bekennt sich in ihrem Programm zu den «Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin». Sie will nach einer «gewaltsamen sozialistischen Revolution» in «Ost- und Westdeutschland» die «Diktatur des Proletariats» in einem vereinten sozialistischen Deutschland errichten. Die *KPD* unterhält Verbindung zu der «Bruderpartei» genannten *Partei der Arbeit Albanien*s. Die Parteizentrale befindet sich in Dortmund. Das Zentralorgan *Roter Morgen* erscheint wöchentlich mit einer Auflage von 6 000 Exemplaren. Der Partei gehören nach eigenen Angaben 400 Mitglieder an. Nebenorganisationen sind die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)* mit dem Organ *Roter Rebelle*, die *Kommunistischen Studenten (KS)* mit dem Organ *zwischenruf links*, die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)* mit etwa 1 200 Mitgliedern und dem Organ *RGO-Nachrichten*. Enge Verbindungen bestehen zu der von der *KPD* 1979 als Wahlorganisation gegründeten *VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)* mit rund 1 500 Mitgliedern und dem Organ *Volksecho*. Die politische Arbeit der *KPD* und ihrer Nebenorganisationen stagnierte.

In Hessen entwickelte die *KPD* nur geringe Aktivitäten. Ihre etwa 80 Mitglieder sind unverändert in zwei Ortsgruppen organisiert. Von den ehemaligen 13 *VOLKSFRONT*-Kreisverbänden waren nur noch fünf aktiv.

#### Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der *KBW* wurde 1973 gegründet und hat seinen Sitz in Frankfurt am Main. Er gab sein Konzept einer Kaderorganisation auf und verabschiedete im Mai eine neue Satzung. Danach versteht sich der *KBW* nicht mehr als Partei im Sinne des Parteiengesetzes, sondern als Verein, der sich in Ortsverbände gliedert. Der Verein bekennt sich weiterhin zum «Kommunismus». Ihm gehören etwa 300 Mitglieder an. Zu Schwerpunkten in der politischen Arbeit erklärte der *KBW* u. a. die Unterstützung des «Parteibildungsprozesses der *GRÜNEN*» und die Durchführung politischer und theoretischer Arbeitskonferenzen zusammen mit anderen politischen Gruppen und Kräften. Seine Nebenorganisation *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VRV)* war nur noch in wenigen Ortsgruppen aktiv.

In Hessen halbierte sich die Mitgliederzahl des *KBW* auf etwa 45 (1982: 100).

#### Kommunistischer Bund (KB)

Der *KB* entstand 1971 mit Sitz in Hamburg. Er bekennt sich zum «Marxismus-Leninismus» und versteht sich als «revolutionäre Organisation». Die Mitgliederzahl beträgt unverändert 500. Das Zentralorgan *Arbeiterkampf* erscheint monatlich in einer Auflagenhöhe von etwa 5 000 Exemplaren. In Hessen bestanden lediglich in einigen Großstädten sogenannte Kontaktstellen.

#### Sonstige kommunistische Organisationen

Von den übrigen kleineren kommunistischen Organisationen, die der dogmatischen Neuen Linken zuzurechnen sind, ist lediglich der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)* – Zentralorgan

*Kommunistische Arbeiterzeitung* – erwähnenswert, dem bundesweit etwa 300 Mitglieder, in Hessen nur wenige, angehören. Seine politischen Schwerpunkte befinden sich in Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Dem *Trotzkismus* hingen bundesweit noch etwa 400 Mitglieder an. In Hessen wären die *Gruppe internationaler Marxisten (GIM)*, *deutsche Sektion der IV. Internationale* mit Sitz in Frankfurt am Main mit dem Zentralorgan *was tun* (Auflage 2 000), der *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit der Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendbund (SJB)* und die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)* aktiv. Die *GIM* bemühte sich, den Aufbau ihrer Jugendorganisation *Revolutionär-Sozialistische Jugend (RSJ)* voranzutreiben. Zur hessischen Landtagswahl stellte der *BSA* in zwei Frankfurter Wahlkreisen Kandidaten auf und erhielt dort insgesamt 35 Stimmen. Anhänger der *TLD* führten vereinzelt in Frankfurt am Main kleinere öffentliche Veranstaltungen durch.

### Undogmatische Neue Linke

Zur *undogmatischen Neuen Linken* werden vielfältige Gruppen gezählt, die sich dem Zwang von Organisationen und Programmen widersetzen. Gemeinsam ist ihnen das Ziel, den Staat und seine Institutionen zu zerschlagen. Als Schritt in diese Richtung gilt das Aufkündigen der staatsbürgerlichen Loyalität. Unter den verschiedenen Gruppierungen zeichnen sich die sogenannten *Autonomen* durch besondere Militanz aus.

Der *undogmatischen Neuen Linken* sind in Hessen nur noch etwa 1 000 Personen zuzurechnen, wobei diese, je nach Aktionsanlaß, in der Lage sind, weitere 1 000 Personen zu mobilisieren. Schätzungsweise 300–500 Personen sind bereit, Gewalt auszuüben.

Das von fast allen Kräften dieses Spektrums angestrebte geschlossene Auftreten konnte jedoch nicht erreicht werden,

weil zwischen den einzelnen Gruppierungen über die Art des Vorgehens sehr unterschiedliche Auffassungen bestanden, die die Entwicklung von Führungsstrukturen verhinderten. Es fanden daher nur in Ausnahmefällen gruppenübergreifende Zusammenkünfte statt, die dem Informationsaustausch und dem Abstimmen des Verhaltens vor größeren Aktionen dienten. Zur Kommunikation nutzten die Anhänger der *undogmatischen Neuen Linken* einschlägige Buchläden und alternative Zeitungen.

In Hessen waren Schwerpunkte der Tätigkeit dieser Gruppen die Protestaktionen gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens und gegen die NATO-Nachrüstung.

Bei den Aktionen gegen die *Startbahn West*, an denen jeweils zwischen 200 bis 500 Personen teilnahmen, kam es erneut zu über 30 gewalttätigen Ausschreitungen, wobei insgesamt über 60 Personen festgenommen wurden. Nach wie vor waren Polizeibeamte, Einsatz- und Baufahrzeuge, der Bauzaun sowie technische Einrichtungen der Flughafengesellschaft Angriffsziele der Gewalttäter, die neben Wurfgeschossen wie Stahlkugeln, Steinen und Molotow-Cocktails auch vermehrt Feuerwerkskörper, Signalgeschosse und Buttersäure benutzten.

In der *«Anti-Nachrüstungskampagne»* beteiligten sich die hessischen Gruppen sowohl an den Auftaktaktionen (Widerstandscamps, Blockadeaktionen, Demonstrationen, Mahnwachen) vom 13. bis 15. Oktober als auch an den Abschlußveranstaltungen am 21./22. Oktober in Bonn und Stuttgart-Neu Ulm. Herausragendes Ereignis in Hessen war die *«Blockade»* einer US-Einrichtung in Frankfurt am Main-Hausen in der Zeit vom 9. bis 12. Dezember. Die zuständige Behörde hatte für diese Zeit für die unmittelbare Umgebung des US-Depots ein Versammlungsverbot erlassen. Trotzdem beteiligten sich an den vier Tagen über 1 000 Personen an den verbotenen Aktionen. Dabei fielen *Autonome* durch Gewalt-

tätigkeiten auf. Über 200 Personen wurden vorläufig festgenommen.

### **Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen**

Linksextreme Gruppen erlangten in den Studentenparlamenten der hessischen Universitäten und Hochschulen 60 von insgesamt 157 Sitzen (1982: 58). Während die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* (wie die *Undogmatische Linke*, *Sozialistische Hochschulinitiative*, *Basisgruppen*) ihre Sitzanteile von 38 auf 41 erhöhen konnten, sind die Hochschulgruppen der *Alten Linken* (*MSB Spartakus* und *Sozialistischer Hochschulbund*) nur noch mit 19 Sitzen (Schwerpunkt in Marburg) in den Parlamenten vertreten.

Die der *Neuen Linken* zuzurechnende revolutionärmarxistische Hochschulgruppe *Marxistische Gruppe (MG)*, die bisher an Hochschulwahlen nicht teilgenommen hat, tritt dafür ein, den Staat auf dem Weg über die sozialistische Revolution abzuschaffen. Die Gruppe veröffentlichte nur wenig über ihre Organisation und ihren Führungskader; sie arbeitete weiterhin verdeckt. Dennoch konnte sie ihren bundesweiten Mitgliederbestand auf 1 300 erweitern (1982: 1 000) und verfügte darüber hinaus über mehrere tausend Anhänger, die hauptsächlich in sogenannten *Sympathisantenplenen* aktiv sind.

Zu einer Demonstration am 17. Juni in Bonn «Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg» konnte die *MG* 6 000 bis 7 000 Teilnehmer mobilisieren. Die von der *Friedensbewegung* angestrebte Gewaltlosigkeit bezeichnete sie in einem Flugblatt als «Dummheit, die teuer zu stehen kommt».

An den zahlreichen Veranstaltungen der *MG* in Hessen nahmen zwischen 500 und 800 Personen teil. Die *MG* war damit aktivste Organisation an den Hochschulen.

Verbandsorgane sind die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* und die *Marxistische Studentenzeitung (MSZ)*. Außerdem erschienen eine *Marxistische Schulzeitung* und eine *Marxistische Zeitung* sowie örtliche Hochschul- und Betriebszeitungen.

### **Terrorismus**

#### **Rote Armee Fraktion (RAF)**

Die *RAF* konnte den Verlust, den sie durch die Festnahme von Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt am 11. November 1982 in Dietzenbach sowie Christian Klar am 16. November 1982 in Hamburg und die Entdeckung von 13 Verstecken mit Waffen, Munition, Fälschungsutensilien, Ausweispapieren und anderen Hilfsmitteln hinnehmen mußte, bisher nicht ausgleichen. Weiter getroffen wurde sie durch die Festnahme der mutmaßlichen Terroristin Gisela Dutzi am 1. März in Darmstadt.

Eine 29 Jährige, die Angehörigen der *RAF* Kfz-Daten aus Versicherungsunterlagen beschafft hatte, wurde am 19. Dezember vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Ein regionaler Schwerpunkt der *Unterstützerguppen* der *RAF* lag, wie seit Jahren, in Hessen. Ihre Hauptaufgaben sahen sie in der Betreuung inhaftierter *RAF*-Mitglieder, im Informationsaustausch und in Propagandaaktionen für die *RAF*. Mit dem Ziel, ihre Isolation zu durchbrechen und neue Mitglieder zu gewinnen, beteiligten sie sich an Demonstrationen und Aktionen anderer Gruppierungen, z. B. gegen die Nachrüstung, gegen die Volkszählung und gegen das Verbot der türkischen Vereinigung *Devrimci Sol*. Sie erklärten dabei immer wieder offen ihre Solidarität mit der *RAF* und forderten die Zusammenlegung der

Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand.

Die Bemühungen um den Aufbau einer «antiimperialistischen Front» blieben jedoch erfolglos. Ebenso scheiterten Versuche, für die Anwendung von Gewalt bei den Aktionen der *Friedensbewegung* zu werben.

Personen des *RAF-Umfeldes* werden aufgrund vorliegender «*Bekennerschreiben*» Sprengstoffanschläge gegen die US-Streitkräfte, die Bundeswehr und Rüstungsfirmen zugeschrieben.

Im Dezember wurden vier Personen aus dem Raum Rüsselsheim wegen Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffdeliktes und der Bildung einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Bei Durchsuchungen der Wohnungen wurden u. a. zur Herstellung von Sprengsätzen geeignete Materialien und umfangreiches Schriftgut der RAF und der *Revolutionären Zellen* sichergestellt.

### Revolutionäre Zellen (RZ)

Die RZ hielten an ihrem militanten Konzept fest. Sie führten Sprengstoffanschläge weiterhin auf solche Ziele durch, bei denen sie von der Vermittelbarkeit der Aktionen gegenüber der Öffentlichkeit ausgingen. Die Anschläge richteten sich vor allem gegen Objekte, die mit der Rüstung und dem Computerbau, aber auch mit sozialen Aspekten, wie der «Ausbeutung» der Menschen der Dritten Welt in Verbindung gebracht wurden.

Die Zahl der Anschläge einschließlich der mißglückten Versuche ging bundesweit von 38 im Jahre 1982 auf 27 zurück, in Hessen von 13 auf sechs. Die Höhe des in Hessen angerichteten Schadens ist allerdings von rund 700 000 auf über zwei Millionen DM gestiegen. Vier der Anschläge richteten sich gegen den Bau der *Startbahn West*, darunter der Sprengstoffanschlag im Juni auf das Wohnhaus des Vorstandsvorsitzenden der Flughafen AG Frankfurt am Main. Der größte Schaden

wurde am 20. September bei der Firma M. A. N. in Ginsheim-Gustavsburg angeordnet, wobei das Rechenzentrum bei der Detonation eines Sprengkörpers weitgehend zerstört wurde. In einem «*Bekennerschreiben*» der RZ hieß es, daß die Firma M. A. N. Transportfahrzeuge für die neuen Mittelstreckenraketen baue.

Die RZ verbreiteten drei grundsätzliche Positionspapiere. In den beiden ersten setzten sie sich mit dem Widerstand gegen den Bau der *Startbahn West* auseinander. Sie warfen den Bürgerinitiativen vor, sich zu wenig kämpferisch verhalten zu haben. Ferner wird auf das Attentat auf den hessischen Staatsminister Heinz Herbert Karry im Jahre 1981 eingegangen. Ein drittes Positionspapier brachten Ende des Jahres die RZ gemeinsam mit der *Roten Zora*, der Frauengruppe innerhalb der RZ, heraus. Die *Rote Zora* greift Frauenthemen auf und begründet damit ihre Anschläge.

In der Schrift wird die Fixierung der *Friedensbewegung* auf die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen verurteilt. Nach Meinung der RZ müsse das imperialistische System als Ganzes getroffen werden. Die RZ räumen ein, keine «Konzepte» anbieten zu können, jedoch müsse die «radikale Linke» sich ihre eigenen «Strukturen von Subversion und Illegalität schaffen, um unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar zu bleiben».

### Beurteilung

Die DKP räumte ihren Bemühungen, die *Friedensbewegung* in ihrem Sinne zu beeinflussen, höchste Priorität ein. Es gelang ihr, bei überregionalen Vorbereitungskonferenzen und in den Koordinierungskonferenzen überrepräsentiert zu sein, da sie geschickt taktierte und ihren ganzen organisatorischen Apparat einsetzte. Dennoch konnte sie nur dadurch eine Spaltung der *Friedensbewegung* verhindern, daß sie die zuvor von ihr vehem-

ment abgelehnte Forderung nach Abrüstung auch im Osten in Kauf nahm.

Das Scheitern der Bemühungen der *DKP* um ein Wahlbündnis zur hessischen Landtagswahl und die für sie enttäuschenden Wahlergebnisse zeigten erneut, daß die Gruppen der außerparlamentarischen *Protestbewegung* in der *DKP* keine politische Alternative sehen.

Den Parteien und Organisationen der *Neuen Linken* gelang es nicht, auf das politische Geschehen Einfluß zuzunehmen. Die *K-Gruppen* sind bedeutungslos geworden.

Unter den Gruppierungen der *undogmatischen Neuen Linken* setzten sich die Diskussionen über die Gewaltfrage fort. Die einzelnen militanten Gruppen waren weiterhin unter sich zerstritten und fanden nur selten zur Geschlossenheit in der Aktion.

Die *RAF* war bisher nicht in der Lage, ihre Verluste auszugleichen, um wieder Terroranschläge zu verüben. Dagegen muß damit gerechnet werden, daß es aus dem Bereich der *RAF-Unterstützergruppen* und insbesondere der *Revolutionären Zellen* zu weiteren Anschlägen kommt.

# Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

## Allgemeine Entwicklung

Wie in den vergangenen Jahren verhielt sich von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 4,5 Millionen Ausländern der größte Teil politisch zurückhaltend. Nur etwa 114 000 von ihnen sind als politisch extrem einzustufen. In Hessen waren von den 516 076 Ausländern nur etwa 7 500 Mitglied einer extremen Organisation. Die Aktivitäten extrem ausgerichteter Gruppierungen richteten sich nahezu ausschließlich gegen die Verhältnisse in den Herkunftsstaaten.

Das Hauptangriffsziel türkischer Extremisten blieb die Militärregierung in ihrem Heimatland. Vor allem linksextreme Gruppen protestierten gegen die Parlamentswahlen am 6. November in der Türkei. Die der *Neuen Linken* zuzurechnende Extremistenorganisation *Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)* wurde am 9. Februar vom Bundesminister des Innern verboten. Die extrem nationalistische *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* verlor zahlreiche Mitglieder. Die Mißerfolge des PLO-Chefs Arafat im Libanon, die Meuterei innerhalb seiner eigenen Organisation *AL Fatah* und die mangelnde Aussicht auf eine politische Lösung des Nahost-Konflikts, stärkten seine kompromißfeindlichen Gegner.

Mit der Ermordung zweier kroatischer Emigranten setzte sich die Serie der Mordanschläge auf Exiljugoslawen fort. Im Bereich des iranischen Extremismus ging die Zahl der Gewaltaktionen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück.

## Türken

Die politische Arbeit sowohl der orthodox-kommunistischen Gruppierungen als

auch derjenigen der *Neuen Linken* war überwiegend geprägt von Demonstrationen und Aktionen gegen die türkische Militärregierung und Auseinandersetzungen mit extrem nationalistischen Türken in der Bundesrepublik. Sie protestierten gegen die Beschränkungen bei der Zulassung von Parteien für die Parlamentswahlen in der Türkei am 6. November. Erhebliche Unruhe unter den Anhängern der türkischen *Neuen Linken* und ihren deutschen Unterstützern verursachte das vom Bundesminister des Innern am 27. Januar verfügte Verbot der Gruppe *Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)* und deren Teilorganisation *Halk Der (Volksvereine)*. Diese Extremistenorganisation mit internationalem Aktionsrahmen hatte ihre Bereitschaft zur Anwendung revolutionärer Gewalt erklärt und sich zu Morden, Terroranschlägen und einer Flugzeugentführung bekannt. In der Bundesrepublik hatten Mitglieder von *Devrimci Sol* am 3./4. November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln gewaltsam besetzt und 32 Geiseln genommen. Als Reaktion auf das Verbot kam es im Bundesgebiet zu zahlreichen Demonstrationen und Aktionen.

Ebenfalls bundesweite Bedeutung erlangte eine Kundgebung am 10. September in Köln, wo etwa 11 000 Anhänger linksextremer türkischer, kurdischer und deutscher Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet anlässlich des 3. Jahrestages der Machtübernahme durch die türkischen Streitkräfte (12. September 1980) gegen die Militärregierung demonstrierten. Die mitgeführten Transparente, darunter eines von *Devrimci Sol*, richteten sich gegen das Militärregime, aber auch gegen die Asylpraxis der Bundesregierung. Kulturelle Veranstaltungen der extrem nationalistischen *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* und deren Mitgliedsvereine am 8. und 23. Januar in Darmstadt, Kassel und Bergen-Enkheim und am 27. März wiederum in Darmstadt boten Anlaß für Demonstrationen links-

extremer Türken mit einer Beteiligung zwischen 80 bis 400 Personen. Dabei kam es in Bergen-Enkheim zu Tätlichkeiten zwischen den Veranstaltern und ihren Gegnern.

Am 30. August stürzte sich der Türke Kemal Altun während einer Verhandlung des Verwaltungsgerichts Berlin über sein Asylbegehren aus dem Fenster des Gebäudes. Als Reaktion auf seinen Tod kam es im ganzen Bundesgebiet zu Protestdemonstrationen. In Hessen fanden zwischen dem 30. August und 7. September zwölf spontane Aktionen statt. Sie reichten von Farbschmierereien über eine Mahnwache und öffentliche Aufzüge bis zur Besetzung des Ausländeramtes der Stadt Gießen am 5. September. Es beteiligten sich zwischen 30 und 1 200 Personen. Auf Spruchbändern und Transparenten, an Hauswänden und in Sprechchören wurde die Bundesrepublik Deutschland als «Mörderstaat», ihr Asylverfahren als «unmenschlich», die Justiz als «Mörderpack», die Auslieferungen als «Mord» und Bundesinnenminister Zimmermann als «Schreibtischmörder» angeprangert. Aus Protest gegen die Parlamentswahlen in der Türkei am 6. November demonstrierten türkische Linksextremisten im gesamten Bundesgebiet. In Frankfurt am Main drangen am 29. Oktober vier Türken gewaltsam in das Stadtbüro einer amerikanischen Fluggesellschaft ein, versperrten die Eingangstür und brachten im Schaufenster des Büros ein Transparent an, das sich gegen «USA, CIA, NATO, Wahl in der Türkei» aussprach. Über Megaphon forderten sie zum Boykott der Wahl auf. Die Polizei nahm die Türken, von denen einige maskiert waren, fest. Zwei Beamte wurden leicht verletzt. Ebenfalls gegen die nach Ihrer Meinung «undemokratische und betrügerische Wahl in der Türkei» demonstrierten am 5. November Mitgliedsvereine der *Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)* in Kassel, Frankfurt am Main und am 6. November in Wiesbaden.

Die *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)* mit Sitz in der Gutleutstraße 173 in Frankfurt am Main, die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten extrem nationalistischen *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)* vertritt, verlor zahlreiche Mitglieder. Ursache für die Austritte dürfte die Furcht vor möglichen Repressalien bei der Rückkehr in die Türkei und die Auslieferung des langjährigen ADÜTDF-Vorsitzenden Celebi am 14. Januar an die italienischen Justizbehörden sein. Ihm wird die Unterstützung des mutmaßlichen Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca vorgeworfen.

Der ADÜTDF gehören etwa 100 Vereinigungen im Bundesgebiet an, davon sieben in Hessen. In der Jahreshauptversammlung am 7. Mai in Gerlingen wurde der bisherige Stellvertreter Celebis, Dr. Ali Batman, Frankfurt am Main, zum neuen ADÜTDF-Vorsitzenden gewählt. Batman sprach sich für die Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen Gruppen aus.

Bundesweit wird die Zahl der in links-extremen türkischen Gruppen Organisierten auf etwa 16 000, in extrem nationalistischen Vereinigungen auf etwa 27 000 geschätzt. Davon entfallen in Hessen auf den linksextremen Bereich etwa 1 500, auf den extrem nationalistischen etwa 1 000.

## Palästinenser

Denken und Handeln der Palästinenser in der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr von der alle anderen Ereignisse überschattenden Niederlage der *Palästinensischen Befreiungsfront (PLO)* im Libanon und dem dadurch bedingten Verlust des dortigen Territoriums bestimmt. Die nicht übersehbaren Auswirkungen auf die politischen und militärischen, aber auch soziale Belange führten zur Verunsicherung der hier ansässigen Palästinenser und weitgehend zum Erlahmen ihrer poli-

tischen Arbeit. Die Meuterei eines Teils der *Fatah*-Gruppen, das Überlaufen von *PLO*-Angehörigen zu dem Arafat-Gegner Said Musa Maragha, Abu Musa genannt, und letztlich die Aussichtslosigkeit, eine Lösung des Nah-Ost-Problems zu finden, taten ein übriges, um Zurückhaltung zu erzeugen.

Soweit erkennbar, nahmen die *Arafat-Gegner* in der Bundesrepublik zahlenmäßig zu. Sie waren aber nicht in der Lage, sich gegen die *PLO*-gesteuerten Vereinigungen *Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV)* und *Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PSV)* durchzusetzen, die zusammen über etwa 1 300, in Hessen über ungefähr 120 Mitglieder verfügen.

Der *PAV* unterhält Ortsvereine in Darmstadt, Frankfurt am Main, Viernheim und Kassel; der *PSV* in Darmstadt, Frankfurt am Main und Marburg. Bei den örtlichen Mitgliederversammlungen beider Zusammenschlüsse kam es zwischen *Arafat-Anhängern* und *-Gegnern* vielfach zu Wortgefechten und Streitigkeiten, die verschiedentlich in Tätlichkeiten auszuarten drohten.

## Jugoslawen

Die offensichtlichen Schwierigkeiten Jugoslawiens bei der Lösung des albanischen Minderheitenproblems, noch mehr aber die instabile wirtschaftliche Lage des Landes waren im vergangenen Jahr Mittelpunkt der gegen den Heimatstaat gerichteten Argumentation jugoslawischer Emigrantengruppen in der Bundesrepublik. Mit dem Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse meinten vor allem kroatische Gruppierungen, Beiträge zu deren weiterer Verschlechterung begünstigten das Entstehen von Unruhen, die wiederum die Voraussetzungen für die «Zerschlagung des jugoslawischen

Staatsgebildes» schaffen könnten. Zur Förderung dieses Prozesses verteilten kroatische Vereinigungen wieder zahlreiche Flugblätter in Frankfurt am Main und anderen Städten des Bundesgebietes, in denen vor Urlaubsreisen nach Jugoslawien gewarnt wurde. Den Lesern wurde von einer unbekanntem Organisation *Vereinigte Revolutionäre Bewegung für Freiheit und Unabhängigkeit Kroatiens und Kosovo* angekündigt, daß für Touristen in den Urlaubsgebieten Jugoslawiens Lebensgefahr bestünde, da kroatische Untergrundorganisationen sich auf den Widerstandskampf vorbereiten würden.

Am 26. November fand in Frankfurt am Main im Zusammenhang mit dem jugoslawischen Nationalfeiertag am 29. November eine Demonstration der *National-Demokratischen Liga der Albanischen Treue (N. D. SH.)* statt, an der ungefähr 350 Personen teilnahmen. Auf Transparenten wurde «Freiheit für Kroatien und die moslemischen Gefangenen in Sarajewo» gefordert. Den Politikern der Bundesrepublik legte man in Flugblättern nahe, endlich «dem Belgrader Mordapparat das Handwerk zu legen». Damit wurde der Bezug zu der nicht abreißen den Kette von Mordanschlägen und -versuchen zum Nachteil von Exiljugoslawen in der Bundesrepublik hergestellt, für die jugoslawische Emigrantenorganisationen seit Jahrzehnten den Sicherheitsdienst ihrer Heimat verantwortlich machen.

Das gilt auch für zwei Morde und einen Mordversuch im vergangenen Jahr. Im März wurde Djuro Zagajski in München erschlagen aufgefunden. Er war Funktionär der Emigrantenorganisation *Kroatische Revolutionäre Bewegung (HRP)*, die ihren Sitz in der Schweiz hat. Im Juli wurde der Exilkroate Stjepan Djurekovic in Wolfratshausen erschossen. Als Marketing-Direktor des staatlichen jugoslawischen Mineralölkonzerns war er im April 1982 in die Bundesrepublik geflüchtet, wo er sein Wissen um die internen Verhältnisse des jugoslawischen Staats-

lebens in mehreren Büchern veröffentlicht hatte. Das führende Mitglied der Exilvereinigung *Kroatische Revolutionäre Bewegung (HRP)* Luka Kraljevic war bereits im August 1982 Ziel eines Mordversuches. Auf ihn wurde im Dezember erneut ein Anschlag verübt, bei dem er eine lebensgefährliche Schußverletzung erlitt.

## Iraner

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen *Khomeini-Anhängern* und *Khomeini-Gegnern* gingen gegenüber den Vorjahren bundesweit zurück.

In Hessen wurden am 16. Februar an der Technischen Hochschule in Darmstadt bei Streitigkeiten zwischen Anhängern und Gegnern *Khomeinis* zwei Iraner durch Messerstiche verletzt.

Am 12. Oktober drangen etwa 20 *Khomeini-Gegner* in den Verkaufsraum der *Iran-Air* in Frankfurt am Main ein, klebten Plakate einer iranischen Studentenorganisation *Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin* und zerrissen Bilder von *Khomeini*. In einer Presseerklärung wurde «auf die menschenunwürdigen Bedingungen im Iran» und «anlässlich der bevorstehenden Frankfurter Buchmesse» auf «die Lage der Schriftsteller im Iran» aufmerksam gemacht, wo täglich «Bücherverbrennungen» stattfänden, was mit den «Methoden des faschistischen Nazi-Regimes» zu vergleichen sei.

Drei Tage später bemächtigten sich etwa 50 Gegner des *Khomeini-Regimes* des Bücherstandes der Republik Iran auf der *Frankfurter Buchmesse*, verletzten einen iranischen Diplomaten und beschädigten die Einrichtung. 15 Personen, fast alle mit Wohnsitz in Frankfurt am Main und Mainz, wurden festgenommen. Um deren Freilassung zu erzwingen, besetzten wenig später erneut etwa 30 Personen den Messestand, verließen ihn aber, nachdem bekanntgeworden war, daß die Festgenommenen sich in Freiheit befanden.

## Beurteilung

Die sicherheitsgefährdenden Bestrebungen ausländischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland wiesen im vergangenen Jahr rückläufige Tendenzen auf. Zum Teil beachtliche Mitgliederverluste, das Nachlassen der Propagandatätigkeit und der Rückgang gewaltsamer Ausschreitungen nach Zahl und Qualität waren Folgen der im ganzen mit verringertem Engagement betriebenen und auf weniger Resonanz stoßenden politischen Arbeit der jeweiligen Leitungsgremien. Zu dem gemäßigteren Verhalten beigetragen haben dürften auch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Befürchtung vor strenger Anwendung ausländerrechtlicher Vorschriften und bei manchen Gruppierungen die Furcht vor Repressalien bei der Rückkehr in das Herkunftsland.

# Spionageabwehr

## Allgemeine Lage

Die politische, militärstrategische und wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis waren zusammen mit ihrer unmittelbaren geografischen Nähe zu den Staaten des *Warschauer Paktes* Ursache der fortdauernden intensiven Ausspähungstätigkeit der östlichen Spionagedienste. Kernbereiche nachrichtendienstlichen Interesses blieben neben der Politik militärische Angelegenheiten und solche des Wirtschaftslebens, aber auch wissenschaftlich-technische Entwicklungen. In Hessen wurde gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme geheimdienstlicher Bemühungen der kommunistischen Staaten registriert, die vor allem auf den Gewinn von Informationen aus der Wirtschaft zielten.

Die Arbeit der Geheimdienste hat im kommunistischen Machtbereich große Bedeutung. Ihr Wert wird auch durch die Personen an der Spitze der Dienste dokumentiert. So war der am 9. Februar 1984 verstorbene Staats- und Parteichef der UdSSR, Jurij Andropow, von Mai 1967 bis Mai 1982 Chef des *sowjetischen Geheimdienstes KGB*, und der *Minister für Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)*, Erich Mielke, ist seit 1976 Vollmitglied des *Politbüros*, des höchsten Führungsgremiums der DDR.

Hauptträger der gegen die Bundesrepublik gerichteten Spionage waren auch im vergangenen Jahr die Nachrichtendienste der DDR. Ihnen folgten die Geheimdienstorganisationen der Sowjetunion, die wiederum eng mit denen der DDR und der anderen Staaten des *Warschauer Paktes* zusammenarbeiten. Die Kooperation wurde in der Presse der DDR offen hervorgehoben. Im Dezember 1982 schrieb Wolfgang Clausner in der Wochenzeitung *Horizont*:

«Durch die gemeinsame revolutionäre Tradition wie durch das aktive Zusammenwirken bei der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes sind die Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane der DDR und der UdSSR zuverlässige Waffenbrüder und Kampfgefährten geworden.»

## Werbungsanlässe und -methodik

Die Werbemethoden der östlichen Geheimdienste blieben im wesentlichen unverändert. Nahezu zwei Drittel der Personen, die nachrichtendienstlichen Anwerbungsversuchen ausgesetzt waren, hatten ihren Wohnsitz im Bundesgebiet. Die Geheimdienste der kommunistischen Staaten nutzten hierbei weiterhin die privaten oder beruflichen Kontakte der Bundesbürger in die DDR oder andere Länder des Ostblocks.

«Sicher, zunächst habe ich Überlegungen angestellt, mich dem Verfassungsschutz zu offenbaren. Aber ich habe mir die Chance nicht verbauen wollen, meine Verwandten in der DDR zu besuchen. . . »

erklärte ein wegen Spionage für die DDR verurteilter Bundesbürger, der bereuen mußte, den falschen Weg eingeschlagen zu haben.

Die weitaus meisten Werbungsversuche finden im Machtbereich der östlichen Nachrichtendienste statt. Die Visa-Anträge, die beim west-östlichen Grenzübergang auszufüllenden Meldeunterlagen und Angaben zum Arbeitsplatz ermöglichen, zusammen mit der fortschreitenden Registrierung der Reisenden durch moderne technische Geräte, deren nahezu lückenlose Erfassung und die Auswahl interessanter Personen. Zu dieser Gruppe gehören nach wie vor außer Angehörigen des öffentlichen Dienstes solche Personen, die im Militärwesen, in der Rüstung, in der Elektronik- und Chemie-Industrie sowie im Fahrzeugbau beschäftigt sind oder auf solchen Gebieten wis-

senschaftlich arbeiten. Als Beispiel einer Kontaktaufnahme kann der Fall des Polizeibeamten J. gelten:

J. reiste im Frühjahr mit seiner Mutter zum wiederholten Male zu Verwandtenbesuchen in die DDR. Bis dahin hatten weder er noch seine Angehörigen Auffälligkeiten feststellen können. Bei der Anmeldung bei der Kreispolizeibehörde wartete diesmal ein Mann in Zivil auf J. Er gab vor, Mitarbeiter des Instituts für Friedensfragen der Stadt Gera zu sein, und begründete das gewünschte Gespräch mit seiner anstehenden Doktorarbeit zum Thema «Friedenskampagne auf beiden Seiten der Grenze». Anschließend sollte J. Auskünfte über polizeiliche Angelegenheiten geben, die er jedoch verweigerte. Der Fremde, offensichtlich Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes der DDR, versuchte hartnäckig, das Gespräch in einem Lokal oder Hotel fortzusetzen, wozu J. ebensowenig bereit war wie zu Angaben über den nächsten Aufenthalt in der DDR.

Auch den übrigen kommunistischen Nachrichtendiensten, insbesondere der UdSSR und CSSR, bieten Auskünfte bei der Einreise sowie Überwachung und Kontrolle der Hotels zahlreiche Ansatzpunkte, nachrichtendienstliche Werbungsgespräche durchzuführen. Tatsächliche oder behauptete Übertretungen der Gesetze des besuchten Landes sind ebenfalls Anlaß für Anbahnungsgespräche. Oft sind Bedienstete staatlicher Behörden und Unternehmen inoffizielle Mitarbeiter des Geheimdienstes ihres Landes; dies gilt besonders für Zollbehörden, Grenztruppen und die Polizei, aber auch für Hotels, Handelsorganisationen und staatliche Läden.

Beispiel für diese Art des Versuchs, eine Verbindung einzuleiten, ist der folgende Fall:

S. war seit 1979 jährlich einmal in die CSSR gereist, ohne auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Bei einem Verwandtenbesuch in Prag im Sommer

unterzog die Polizei S. einer Verkehrskontrolle. Die Polizisten durchsuchten das Fahrzeug und fanden angeblich Beweise für den illegalen Umtausch von Geld. Während des anschließenden mehrstündigen Verhörs auf der Polizeiwache befragten ihn zwei Zivilisten nach Klärung der Devisensache zu seinen persönlichen Verhältnissen, zum Stand der Friedensdiskussion in Deutschland, zu tschechoslowakischen Emigranten und militärischen Objekten im Raum Frankfurt am Main. S. wies die Fragen zurück. Nach dem Ende der Vernehmung forderte man S. unter Hinweis auf die Möglichkeit weiterer Verwandtenbesuche in Prag auf, gegenüber deutschen Behörden den Vorfall zu verschweigen. S. offenbarte sich dennoch nach der Rückkehr. Eine weitere Reise nach Prag im gleichen Jahr verlief ohne Störung.

Seit Jahren wird auf die Gefahr von nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuchen insbesondere bei Urlaubsreisen in die Länder am Schwarzen Meer hingewiesen. Es sind vor allem als Urlauber getarnte Mitarbeiter der DDR-Geheimdienste, die versuchen, unter Ausnutzung der gemeinsamen Sprache sowie der Urlaubsatmosphäre unauffällig Kontakte zu knüpfen.

Frau W. aus Magdeburg war mit Hilfe kompromittierender Unterlagen über eine außereheliche Beziehung vom *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* der DDR zur Mitarbeit verpflichtet worden. An der Schwarzmeerküste machte sie die Bekanntschaft des Bundesbürgers D., der als Mitarbeiter eines im Rhein-Main-Gebiet angesiedelten Wirtschaftsbetriebes mit Computertechnologien befaßt war. Frau W. meldete die Bekanntschaft dem MfS, das sie umgehend beauftragte, D. für eine geheimdienstliche Tätigkeit zu gewinnen.

Die Vorteile der Werbung eigener Bürger für eine Agententätigkeit wurden von den Nachrichtendiensten der DDR weiterhin in

großem Umfang genutzt. Neben Linientreue waren Anträge auf Genehmigung beruflicher oder privater Reisen in westliche Länder oder der Übersiedlung in die Bundesrepublik, aber auch in der DDR zu verbüßende Freiheitsstrafen Anlässe für Werbungsversuche. Häufig wurden Schikanen angewandt.

Helga K. flüchtete im Sommer in das Bundesgebiet, wo sie ihre MfS-Kontakte offenbarte.

Sie hatte in der DDR keinen Studienplatz erhalten. Ein MfS-Angehöriger versprach Abhilfe, forderte aber dafür Informationen über eine Religionsgemeinschaft, der Frau K. angehörte. Sie verweigerte die Mitarbeit. In der Folgezeit stellte Helga K. mehrfach fest, daß der Briefwechsel mit ihrem Verlobten, einem in der Bundesrepublik lebenden Konstruktionsingenieur im öffentlichen Dienst, überwacht wurde; einige Briefsendungen verschwanden. Nachdem das MfS vergeblich versucht hatte, den Verlobten für die Informationsbeschaffung zu gewinnen, bekam Helga K. Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Jeder berufliche oder private Schritt wurde überwacht. Schließlich stellte ihr das MfS die Übersiedlung in die Bundesrepublik für den Fall in Aussicht, daß sie ihren Verlobten dazu bewege, sich zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu verpflichten.

Frau K. sah keine andere Möglichkeit, als sich dem Drängen des Geheimdienstes durch die Flucht in den Westen zu entziehen.

Doch auch in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland bemühten sich die östlichen Nachrichtendienste weiterhin, neue Agenten zu gewinnen. Dabei blieb unverändert die Anbahnung einer Verbindung über Brief- und Telefonkontakte oder unter Ausnutzung der Anzeigen Stellensuchender in den Zeitungen die gängigste Methode. Werbungsversuche dieser Art zielten in erster Linie auf Personen, die eine freiberufliche oder nebenberufliche Tätigkeit suchten.

Das besondere Interesse der gegnerischen Geheimdienste galt wieder Personen, die als «*Perspektivagenten*» eingesetzt werden sollen. Darunter sind junge Menschen zu verstehen, die nach einer meist akademischen Ausbildung im Laufe von Jahren solche Funktionen in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft einnehmen, die sie in die Lage versetzen, geheimhaltungsbedürftige Informationen aus möglichst hohen Ebenen zu beschaffen. Zielgruppe sind derzeit vor allem Studierende mit technisch-wissenschaftlichem Ausbildungsgang, speziell in den Bereichen Elektronik und Datenverarbeitung. Erste Telefonkontakte dienen weiterhin als Grundlage eines dann einsetzenden Briefkontaktes; direkte telefonische Einladungen nach Ostberlin werden ebenfalls noch ausgesprochen.

Herbert P., 30 Jahre alt, verheiratet, Student der Mathematik und Physik an der Universität Frankfurt am Main, erhielt aufgrund eines Stellengesuchs in einer überregionalen Zeitung einen Telefonanruf. Der Anrufer, der sich nicht näher vorstellte, bezog sich auf das Inserat und äußerte grundsätzliches Interesse an dem Bewerber. Zwei Wochen später erfolgte ein weiterer Telefonanruf; P. wurde zu einem Vorstellungsgespräch nach Ostberlin eingeladen. Reisekosten und Spesenersatz wurden zugesagt.

Nicht nur berufliche Anlässe bewegten das MfS zu der Kontaktaufnahme über das Telefon oder durch Briefe. Hobbies, wissenschaftliche Interessen oder aktuelle Zeiterscheinungen wurden ebenfalls als Möglichkeit für das Herstellen einer Verbindung angesehen.

### **Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten**

Besondere Angriffsziele der Geheimdienste des *Warschauer Paktes* waren in Hessen die Wirtschaftsbereiche der elektronischen Datenverarbeitung, der me-

tallverarbeitenden Industrie sowie der chemischen Industrie. Auf dem politischen Sektor sind die besonderen Aktivitäten der rumänischen, tschechischen und polnischen Nachrichtendienste gegen die jeweiligen Emigrantenorganisationen in Hessen hervorzuheben. Die Militärsplionage konzentrierte sich weiterhin auf die Rüstungsindustrie.

Darüber hinaus versuchten die Staaten des kommunistischen Machtbereichs verstärkt, die Ausfuhrbeschränkungen und Embargobestimmungen ihrer westlichen Handelspartner zu unterlaufen. Sie bedienten sich hierbei auch ihrer Nachrichtendienste. Die Geheimdienste der UdSSR und der CSSR sind auf diesem Sektor besonders aktiv. Häufig werden die deutschen Handelspartner über den wirklichen Empfänger getäuscht, z. B. unter Vorgabe eines neutralen Ziellandes. Durch besonders lukrative Angebote versucht man immer wieder, Geschäftspartner zur Umgehung der Bestimmungen zu verleiten.

### **Führungsmethodik**

Die Führungs- und Verbindungswege der kommunistischen Nachrichtendienste zur Steuerung der von ihnen geführten Agenten haben sich nicht wesentlich verändert.

Zu Beginn einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit stand meist der *Führungstreff* im kommunistischen Machtbereich. In dieser Phase erhielt der Agent die ersten *Deck-Adressen* und *konspirativen Telefonnummern*. Hatte der Agent das Vertrauen seiner Führungsstelle erworben und darüber hinaus keine Möglichkeit, seine häufigen Reisen in den Ostblock zu tarnen, setzten besonders die DDR-Geheimdienste das Führungsmittel des *Treffs* im westlichen oder neutralen Ausland ein. Falls *Führungstreffs* im Bundesgebiet durchgeführt wurden, schickte man in der Regel sogenannte *Inoffizielle*

*Mitarbeiter*. Hierbei handelt es sich um Personen, die aufgrund ihrer positiven Einstellung zur DDR und ihrer ideologischen Überzeugung geeignet und in der Lage sind, das MFS unter Einsatz und Ausnutzung persönlicher, beruflicher oder gesellschaftlicher Qualifikationen zu unterstützen.

Für den Transport von Spionagenachrichten bedienten sich sowohl Kuriere des Gegners als auch Agenten besonderer Geheimverstecke. Diese *«Container»* sind in handelsüblichen Gegenständen untergebracht und selbst für den Fachmann nur schwer zu erkennen.

Als weiteres Führungsmittel setzten die Geheimdienste der *Warschauer-Pakt*-Staaten die *Funkverbindung* zum Agenten ein; häufigste Verfahrensweise ist der einseitige Funkverkehr in Form der Sendung verschlüsselter Zahlengruppen.

Die halbamtlichen und amtlichen Institutionen des kommunistischen Machtbereichs blieben in erheblichem Maß Ausgangspunkt von Spionageaktivitäten; hierbei wurden Bedienstete von Botschaften, Konsularabteilungen und Handelsvertretungen tätig.

### **Beurteilung**

Die Risiken der Bundesbürger, bei privaten oder beruflichen Reisen in den Ostblock nachrichtendienstlich angesprochen zu werden, haben sich nicht vermindert. Jeder, der einen Anbahnungsversuch vermutet oder erkennt oder erfährt, daß derartiges bei einem anderen Bundesbürger versucht worden ist, sollte sich vertrauensvoll an die Verfassungsschutzbehörden wenden. Ein Gespräch bietet die Möglichkeit, sich aus nachrichtendienstlicher Verstrickung zu lösen sowie sich auf solche Situationen einzustellen und davor zu schützen. Nur tatkräftige Unterstützung durch die Bürger setzt den Verfassungsschutz in die Lage, Spionagebedrohungen in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam zu begegnen.